: antifaschistische nachrichten Nr. 17
g 3336 26.8.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Bad Nenndorf. In einer ersten Bilanz wertet der DGB die Kundgebung gegen den sog. Trauermarsch der Neonazis am 14.8. in Bad Nenndorf als Erfolg. Sebastian Wertmüller vom DGB: „Dass trotz Panikmache und Verbot, trotz Vorverlegung und neuem Ort 1.200 Bürgerinnen gekommen sind, ist der beste Beleg für den ungebrochenen Widerstand der Schaumburger gegen die rechtsextreme Zumutung.“ (...)

Nichts sei zu sehen gewesen von 400 – 500 gewaltbereiten Linksextremisten, von Brandsätzen und Feuerwerkskörpern, von Gefahren für Menschen und Eigentum, von Übergriffen auf Polizeibeamte, von gewaltsamer Kleingruppentaktik und anderen nebulösen Bedrohungen, die Versammlungsbehörde, Verfassungsschutz und Polizei herbei fabuliert haben, um ein Verbot zu begründen.

Dass es den Sicherheitsbehörden und den Gerichten gelungen sei, den Nazis freie Bahn zu verschaffen, während der bürgerliche Protest verboten bzw. nur unter unwürdigen Bedingungen wenige Stunden vor Beginn ermöglicht wurde, sei die beunruhigendste Botschaft des gestrigen Tages, heißt es beim DGB. Dies müsse ein Nachspiel haben.

Dieses Vorgehen habe dafür gesorgt, dass Bad Nenndorf jetzt im ganzen Land und in Teilen des Auslandes bekannt sei als der Ort, wo die geistigen Nachfolger der SA ungestört marschieren dürfen, während deren Gegner (alle demokratischen Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Wohlfahrtsverbände, die Vereine und Verbände, die gesamte Zivilgesellschaft) wie potentielle Kriminelle behandelt werden.

Sebastian Wertmüller kündigt eine juristische Prüfung der Vorfälle und der versammlungsrechtlichen „Chaostage“ der letzten Woche an. Gegebenenfalls werde man weiter Schritte auch vor Gericht einschlagen müssen, um dem Recht auf freie Meinungsäußerung zum Durchbruch zu verhelfen.

Drei konkrete Erwartungen hat der DGB-Regionsvorsitzende:



Widerstand gegen Naziaufmärsche ungebrochen!

◗ Der Landkreis Schaumburg sollte sich bei dem Bad Nenndorfer Bündnis und beim DGB für seine Unterstellungen bezüglich Gewaltbereitschaft und als angeblicher Deckmantel für Straftäter entschuldigen.

◗ An die Politik richte sich die Aufforderung nach einer Aufarbeitung der Bad Nenndorfer Ereignisse: Die Schaumburger müssen sich der Unterstützung gegen den braunen Mob sicher sein. Man brauche ein Versammlungsrecht und eine Versammlungspraxis, die vom Grundgedanken der Verfassung geprägt seien – nämlich Widerstand gegen die Feinde der Demokratie und allen Raum den Verfechtern von Freiheit und Humanität.

◗ An die Sicherheitsbehörden richtet sich die Erwartung, nicht mehr aufgrund wilder Spekulationen bürgerkriegsähnliche Zustände zu beschwören, sondern gemeinsam mit den Organisationen der Zivilgesellschaft dafür Sorge zu tragen, dass Demokraten gegen die Feinde der Demokratie öffentlich und überzeugend auftreten können.

Für das nächste Jahr kündigt Wertmüller bereits jetzt an, dass der DGB wieder fest an der Seite der Bad Nenndorfer stehen werde: „Wir werden den braunen Spuk von Bad Nenndorfs Straßen kriegen und wir werden uns durch die aktuellen Vorkommnisse eher noch bestärkt sehen.“

DGB-Region Niedersachsen-Mitte ■

recherche-nord schreibt:

Am vergangenen Samstag, den 14.8. versammelten sich 870 Neonazis, vorwiegend aus dem Spektrum der freien Kameradschaften und der autonomen Nationalisten, im niedersächsischen Bad Nenndorf zu einem „Trauermarsch“. Zu der von Matthias Schulz angemeldeten Veranstaltung erschienen neben niedersächsischen Neonazis auch TeilnehmerInnen aus dem Ruhrgebiet, Berlin, Sachsen, Bayern und anderen Regionen. Einige Führungskader, die bei dem jährlichen Aufmarsch bisher zentrale Aufgaben wahrgenommen hatten, etwa Thomas Wulff, fehlten allerdings in diesem Jahr. Während es den Neonazis zunächst gelang, die Demonstration im Stil eines Trauermarsches zu halten, zeigte sich gegen Ende die provokante Attitüde der autonomen Nationalisten. So wurde kurz vor Auflösung der Versammlung ein verbotenes HJ-Lied angestimmt. Anschließend versammelte sich ein Teil der Neonazis in Minden und kündigte dort an, eine Spontandemonstration durchführen zu wollen. Der Trauermarsch in Bad Nenndorf fand bereits zum fünften Mal statt. Begleitet wurde die Veranstaltung auch in diesem Jahr von zahlreichen GegendemonstrantInnen, die ihren Protest in vielfältiger Form zum Ausdruck brachten, so unter anderem durch die erneute Platzierung einer Betonpyramide auf der Route der Neonazis sowie die offensichtlich zur WM in Mode gekommenen Vuvuzelas, und damit eine gewisse zeitliche Verzögerung verursachten.

http://.recherche-nord.de ■

Aus dem Inhalt:

Querfront gegen „Euro-Wahn“

BERLIN. Die ominöse „Volksinitiative gegen das Finanzkapital“ will am Samstag, den 25. September, in Berlin eine Aktionskonferenz „zur Krise des Euro“ durchführen. Sie sieht den Euro schon „vor dem Zusammenbruch“ und will auf ihrer Konferenz „Bürger aus unterschiedlichsten Richtungen und Berufsgruppen zusammenführen“ und Alternativen zum bisherigen Eurosystem wie z. B. die „Rückkehr zu den nationalen Währungen“ oder „ein neues Geldsystem“ diskutieren. Als Referenten eingeladen hat die „Volksinitiative“ um Jürgen Elsässer eine illustre Schar von Publizisten und EU-Gegnern: Professor Wilhelm Hankel gehörte zu jenem Kreis, der noch im Mai versucht hatte, die Finanzhilfe für das überschuldete Griechenland zu verhindern. Hankel zählt zu den Autoren des rechten Wochenblattes „Junge Freiheit“. Dort findet man gelegentlich auch Beiträge des ebenfalls angekündigten Professors Karl Albrecht Schachtschneider, der früher stellvertretender Bundesvorsitzender des rechtsgewirkten „Bund Freier Bürger“ war und noch im vergangenen Jahr bei der Ratsfraktion der extrem rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ referierte. Zu den weiteren angekündigten Referenten gehört Professor Max Otte von der FH Worms. Der 2008 von der „Jungen Freiheit“ interviewte Otte ist Autor von Büchern wie „Der Crash kommt“ oder „Der Informationscrash.“ Letzterem Buch widmete das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ zu Beginn des Jahres eine ganze Seite und lobte es als ein „außergewöhnliches Buch, das für jeden an Wirtschaftspolitik und Systemfragen Interessierten absolute Pflichtlektüre ist“. Angekündigt wird auch Nigel Farage aus Großbritannien. Farage („Populismus von seiner besten Seite“, so Elsässer) ist Gründungsmitglied und Europaparlamentsabgeordneter der UKIP, die einen Austritt Großbritanniens aus der EU anstrebt. Der Handelsmakler wurde im vergangenen Jahr zum Vorsitzenden der EU-Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ gewählt, der auch nationalistische und rassistische Parteien angehören. Erwartet werden auch Redebeiträge von Dr. Edgar Most, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Zentralbank der DDR, der in den 1990er Jahren der Geschäftsleitung der „Deutschen Bank“ angehörte, von Klaus Blessing, früher Staatssekretär im DDR-Wirtschaftsministerium, und von Andreas Clauss von der gemeinnützigen Treuhandstiftung „Novertis“. Zum Abschluss soll es ein Konzert mit der umstrittenen Band „Die Bandbreite“ geben. Als Tagungsort der Konferenz, die mit gesalzenen Eintrittspreisen aufwartet, wurde zuletzt noch das „Russische Haus“ im Zentrum von Berlin angegeben.

hma ■

Verärgerung über Stadtkewitz

BERLIN. Verärgert reagiert die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW“ auf Aussagen des Berliner Kommunalpolitikers und „Islamkritikers“ Rene Stadtkewitz, der gegenüber dem „ND“ eine Zusammenarbeit mit den „Pro“-Gruppierungen „definitiv ausgeschlossen“ hatte. „Ich will mit denen nichts zu tun haben, und habe mit denen nichts zu tun“, so Stadtkewitz. Auch habe er momentan keine Absichten, eine neue Partei zu gründen. Stattdessen wolle er um seinen Verbleib in der Berliner CDU-Fraktion kämpfen, die ihn jetzt los werden will. An der umstrittenen Veranstaltung mit Geert Wilders am 2. Oktober in Berlin, die auch von dem antiislamischen Internetblog „Politically Incorrect“ (PI) unterstützt wird, will der Funktionär der „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) festhalten. Am 9. August hatte „Pro NRW“ die geplante Veranstaltung mit „dem niederländischen Hoffnungsträger“ noch begrüßt und die Teilnahme „führender Vertreter der Pro-Bewegung“ angekündigt. Nun heißt es bei „Pro“, Stadtkewitz werde „nicht umhin kommen“, sich „seinen Mitstreitern in der islamkritischen Bewegung“ zu erklären. *hma* ■

„Manni“ in Marzahn

BERLIN. Die selbsternannte „Bürgerbewegung pro Deutschland“ um den langjährigen „Pro“-Aktivisten Manfred Rouhs hat im Berliner Stadtteil Marzahn ein Büro ihres Berliner Ablegers eröffnet. Vermieter der 70 Quadratmeter großen Räume in der Allee der Kosmonauten ist die DIBAG AG. Diese will nun erst noch einmal den Mietvertrag überprüfen. Der Bezirk habe kein Interesse daran, dass „Pro“ hier sein Quartier aufschlage, erklärte die Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf. Das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ kündigte weitere Aktionen an. *hma* ■

NPD kauft „Bürohaus Europa“ – überregionales Nazi-Zentrum entsteht

BAD LANGENSALZA. Bereits 2008 gab es erste Gespräche zwischen der NPD-Thüringen-Führungsriege und den Besitzern des 4-geschossigen Gebäudekomplex. Die Gespräche verliefen im Sand, zumindest was nach außen hin wahrnehmbar war. Dann, Ende Juli/Anfang August, verdichten sich die Gerüchte und Beobachtungen und es wird klar: die NPD hat einen solventen Investor aufgetan, welcher das Haus kaufen wird. Thüringer-Allgemeine [NPD richtet Landeszentrale in Bad Langensalza ein] und Blick nach Rechts [Neonazis im Bürohaus Europa] veröffentlichen am 6. August je einen Artikel zu den Entwicklungen und der Bürgermeister von Bad Langensalza jammert rum und fühlt sich allein gelassen.

Bad Langensalza liegt im Unstrut-Hainich-Kreis, welcher zumindest formell einen eigenen NPD-Kreisverband vorweisen kann. Doch der Verband unter der Leitung von Sebastian Böde (Jg. 1984) versinkt seit Jahren in der Bedeutungslosigkeit. Als 2007 die NPD-Mitgliederkampagne durch Thüringen rollte und in deren Nachgang aus den sog. „Großverbänden“ eigenständige Kreisverbände hervorgingen, teilten sich ebenso die NPD-Verbände Eichsfeld und Unstrut Hainich. Der damalige Vorsitzende Ronny Motz war in keinster Weise in der Lage einen eigenen Kreisverband zu leiten. So fuhren die wenigen Mitglieder immer noch nach Fretterode, um an den Kameradschaftsabenden von Thorsten Heise teilzunehmen.

Mittlerweile hat Sebastian Böde, nach eigenen Angaben Landwirt, den Vorsitz. Er beteiligt sich als Redakteur an dem NPD-Zeitungsprojekt „Nordthüringen Bote“, welcher im UH-Kreis mit geringer Stückzahl verteilt wird. Darüber hinaus sind keinerlei Aktivitäten von ihm oder dem Verband zu beobachten.

Das jetzt mit dem „Bürohaus Europa“ die NPD und die extreme Rechte über ein eigenes Zentrum in Bad Langensalza verfügt, wird den NPD-Landesverband stärken, wohl ebenso den NPD-Unstrut-Hainich-Kreisverband. Weiterhin dürfte klar sein, dass ein nicht unerheblicher Teil von (überregionalen) NPD-Partei-Strukturen, Versänden, Redaktionen etc. dort ihren Sitz einrichten werden. Für die Stadt und die Region bedeutet das einen starken Anstieg von extrem rechten Aktivitäten, vor allem, wenn die große Mensa in dem Haus als Konzert-Raum genutzt wird.

Vereine, Initiativen, Parteien und Einzelpersonen haben sich zusammengeschlossen und wollen dem Treiben nicht schweigend und tatenlos zusehen.

re[search]- afa - im August 2010
re-search-afa@safe-mail.net ■

Neonazis wieder gewalttätiger

GRIMMA. „Der Halbjahresbericht der Opferberatungsstellen RAA straft das Landesamt für Verfassungsschutz wieder einmal Lügen“, kommentierte die Grimmaer Linken-Landtagsabgeordnete Kerstin Köditz das jetzt vorgelegte Zahlenwerk. „Während die Staatsregierung beruhigend auf den angeblichen Rückgang der Zahl organisierter Neonazis verweist,

sprechen die harten Fakten eine andere Sprache.“ Für sie sei es „höchst beunruhigend“, dass die Zahl der schweren Straftaten mit rechtem Hintergrund erneut deutlich angestiegen sei. „35 Fälle mehr bedeutet eine Zunahme von immerhin vierzig Prozent.“ Dies bestätige ihre Beobachtung, dass die Neonazi-Szene wieder zunehmend gewalttätiger werde.

Ein Alarmzeichen sei für sie, das der Landkreis Leipzig gemeinsam mit der Landeshauptstadt Dresden mit 21 bekannt gewordenen Fällen „einsam an der Spitze“ liege, in Relation zur Einwohnerzahl sogar „deutlich auf der ersten Position“. Sie sehe dabei ein „eklatantes Versagen des Landkreises“ und zugleich eine „gewisse Mitschuld der Polizei.“ Köditz erneuerte daher die Forderung nach der Bildung eines kreisweiten „Antirassistischen Rundes Tisches“.

www.kerstin-koeditz.de ■

Neonazis beschmieren Abgeordnetenbüro

GRIMMA. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag ist der Eingangsbereich des Abgeordnetenbüros der Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz (LINKE) in Grimma mit zahlreichen Aufklebern des neonazistischen „Freien Netzes“ versehen worden. Diese Gruppierung hat Stützpunkte im Kreisgebiet in Wurzen, Borna, Geithain und Frohburg. Die Linkenpolitikerin sieht die Aktion, bei der Sachschaden entstand, als Teil der jährlichen Kampagne von Neonazis zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess. „Klebe-, Plakatier- und Schmieraktionen haben in diesem Zusammenhang meines Wissens fast zeitgleich neben den genannten Orten auch in Gemeinden wie Kohren-Sahlis und Bad Lausick, Döbeln und Delitzsch stattgefunden“, erklärt die Landtagsabgeordnete. Vorwürfe richtet sie in diesem Zusammenhang gegen die Polizeidirektion Westsachsen. „Es ist bekannt, dass seit Jahren aus diesem Anlass umfangreiche Aktionen der Neonazis stattfinden. Wenn von der Polizei Prävention ernst genommen wird, dann hätte in diesem Zeitraum zumindest eine verstärkte Bestreifung in der Nacht vorgenommen werden müssen.“ Sie bedaure zudem eine Öffentlichkeitsarbeit der Polizei, die „Verharmlosung und Entpolitisierung“ zum Prinzip gemacht habe. „Das Tatgeschehen wird nicht in seinem Gesamtzusammenhang dargestellt, sondern jeweils nur Einzelfälle von Sachbeschädigung gemeldet.“ Der politische Hintergrund werde bestenfalls nur angedeutet. „Wie soll eine effektive Arbeit gegen die extreme Rechte geleistet werden, wenn die zuständigen Behörden die notwendigen Fakten dafür nicht liefern?“ fragt die Landtagsabgeordnete, deren Büro nicht zum ersten Mal Ziel solcher Übergriffe war. *www.kerstin-koeditz.de* ■

Neonazis bedrohen Antifaschisten

SCHNEVERDINGEN. Dies sei die „1 und letzte Verwarnung“ (Fehler im Original) heißt es in der Überschrift eines Drohbriefes, der am vergangenen Freitag den 13. August 2010 im Briefkasten eines bekannten Antifaschisten lag. „Ab sofort werde ich dich für jede Antifaschistische Aktion [...] Persönlich verantwortlich machen“ (Fehler im Original) steht in großen Lettern auf dem Papier geschrieben. Dabei steht nicht nur das Datum der Zustellung in einer Tradition des Unglücks und der Bedrohung.

Dass Neonazis immer wieder versuchen, Andersdenkende mit Hilfe von Bedrohungen und der Anwendung von körperlicher Gewalt einzuschüchtern, sorgte bundesweit in der Vergangenheit mehrfach für Entsetzen. Vor allem in und um Schneverdingen suchten bekannte Neonazis mehrfach die Konfrontation mit politisch Andersdenkenden. Dies geschah vor allem dann, wenn die NPD im Wahlkampf mitwirkte und sich die „Snevern Jungs“ als Wahlkampfhelfer im Dienste der NPD sahen.

Doch die Kameradschaft „Snevern Jungs“ fungiert auch als eine Art Label, unter dem sich vermehrt rechte, gewaltbereite Skinheads sammeln und bei rechten Veranstaltungen gemeinsam mit dem festen Kern der „Snevern Jungs“ auftreten. Zeitgleich bekleidet der Kopf der „Snevern Jungs“, Matthias Behrens, den Posten des stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD-Niedersachsen. Aber auch in dem als militant geltenden NPD-eigenen „Bundesordnerdienst“ und im „NPD-Unterbezirk Lüneburg“ besetzen Mitglieder der „Snevern Jungs“ und der Frauenkameradschaft „Düütsche Deerns“ (Schneverdingen/Celle) weitere Ämter.



Die ursprünglich um Prestige bemühten „Snevern Jungs“ zeigen nun offen und eindeutig ihre politische „Kampfbereitschaft“ und machen dabei keinen Hehl aus ihrer politischen Gesinnung. Da verwundert es auch wenig, dass dem Betroffenen „mit erheblichen körperlichen Konsequenzen“ gedroht wird, sollte sich dieser weiter antifaschistisch engagieren. Abgeschlossen wird der Drohbrief mit der verbotenen Grußformel „Mit deutschem Gruß“ (§ 86a STGB: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

DGB-KulturAK SFA, culture courage, antifaschistische initiative soltau-fallingbostel ■

Nazis als Security bei Festival im Saarland

Am vergangenen Wochenende fand in den „Sauwasen“ im Köllertal das beliebte Musikfestival Rocco del Schlacko mit über 20.000 Besucher_innen statt. Dieses Festival ist insbesondere bei alternativen Jugendlichen und Erwachsenen beliebt.

Als skandalös ist zu werten, dass mehrere bekannte Neonazis von den Veranstaltern im Security-Dienst eingesetzt wurden. Dabei handelte es sich unter anderem um führende Aktivisten aus der Kameradschaft Saarsturm (Kevin Tkatsch), dem südwestdeutschen Hammer-Skin-Netzwerk (Frank Molina) und der aufgelösten Kameradschaft Saarlautern (Peter Strumpler).

Bereits freitags erhielt die Antifa Saar mehrere Anrufe von aufgebrachten Festivalbesucher_innen. Im Laufe des Wochenendes meldeten sich noch weitere Personen und auf dem Festival auftretende Musikgruppen. Dabei wurde auch von gezielten Übergriffen der Security auf Personen aufgrund des Zeigens antifaschistischer Symbolik berichtet. Eine persönliche Vorsprache eines Vertreters unserer Gruppe bei den Veranstaltern führte zu keinerlei Konsequenzen.

Timo Reuter, Experte der Antifa Saar für militanten Neonazismus und Autor für die Fachzeitschrift „Der Rechte Rand“ betont: „Auffällig ist, dass beim Rocco del Schlacko bundesweit bekannte Kader der im Saarland aktiven Kameradschaftsszene eingesetzt wurden und nicht nur „kleine Fische“. Im Saarland ist derzeit vermehrt die Tendenz festzustellen, dass sich militante Neonazis in Sicherheitsfirmen engagieren.“

Die Antifa Saar fordert Veranstalter von Festivals dazu auf, in Zukunft in ihrem Sicherheitskonzept diesen Umstand zu bedenken und erst gar keine Neonazis mehr einzusetzen. Festivalbesucher_innen und auftretende Bands sind dazu aufgerufen, sich in solchen Fällen bei den Veranstaltern zu beschweren und gegen

die Anwesenheit von Nazis vorzugehen.

Antifa Saar , antifasaar@yahoo.de http://www.antifa-saar.org ■

Prozess gegen Wulff vertagt – Urteil mit Signalwirkung?

Bochum. Der Prozess gegen das NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff ist am 16. August 2010 bereits kurz nach Beginn am Bochumer Landgericht vertagt worden. Das berichtet *DerWesten*. Wulff wird Volksverhetzung vorgeworfen; sein Berliner Verteidiger – der in der Neonazi-Szene bekannte Wolfram Nahrath, beantragte dem Bericht zufolge noch vor der Beweisaufnahme, das Verfahren einzustellen. Es sei überhaupt nicht erkennbar, welche Vorwürfe man seinem Mandanten ganz konkret mache. Staatsanwalt Holger Heming und Staatsanwältin Sabine Wenzel wiesen laut *DerWesten* die Vorwürfe zurück.

Hintergrund der Argumentation der Verteidigung: Einzelne Sätze Wulffs erfüllen wohl nicht den Tatbestand der Volksverhetzung. Allerdings argumentierte die Staatsanwaltschaft, es gehe um eine „Gesamtkomposition".

Die Richter hatten zunächst eine Klage abgelehnt, da es „von grundlegender Bedeutung" sei, dass nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Grundsatz gelte: Soweit eine Aussage mehrere Deutungsmöglichkeiten zulässt, von denen nicht alle einen Straftatbestand erfüllen, ist zugunsten des Angeschuldigten diejenige zugrunde zu legen, die strafrechtlich nicht relevant ist. Wulff ist bereits mehrfach einschlägig vorbestraft.

Wulff hatte am 25. Oktober 2008 auf der Königsallee auf einer genehmigten NPD-Demo geredet, die das Motto hatte: „Deutsche wehrt Euch! Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität." Rund 200 NPD-Anhänger marschierten vom Hauptbahnhof Richtung Ehrenfeld, vorbei an vielen Gegendemonstranten. Unweit des Schauspielhauses ergriff Wulff das Mikro. Dann soll er – so die Anklage – „zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt" haben. Vor ihm wurde ein Transparent hochgehalten. Darauf stand: „Multikulti ist Völkermord." Die 6. Strafkammer überprüft jetzt, ob Sätze wie diese strafbar sind., Am nächsten Sitzungstag (25. August) werde über den Verteidigerantrag entschieden. *Quelle: http://npd-blog.info/2010/08/17/prozess-wulff/* ■

Zwei Aktivisten des FN wegen Körperverletzung verurteilt

Frankreich. Am 10. August 10 fiel in Villefranche-sur-Saône (in der Nähe von Lyon) das erwartete Urteil gegen zwei Aktivisten des Front National. Den beiden Plakatklebern der rechtsextremen Partei wurde Körperverletzung und „bewaffnete Zusammenrottung" vorgeworfen, weil sie am 11. April 2007 im nahe gelegenen Thizy zwei Jugendliche mit Migrationshintergrund anlässlich eines Streits zusammenschlugen und verletzten. Im April 2007 befand Frankreich sich im Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Am fraglichen Tag durchquerten FN-Anhänger in mit französischen Nationalfahnen bestückten Fahrzeugen das Städtchen Thizy. Dort trafen die Autoinsassen auf einen Jugendlichen, Amaël, der die Straßenfahrbahn auf einem Zebrastreifen überquerte. Ihrer Auffassung nach ging er „mit provozierender Langsamkeit" über die Straße. Es kam zum Streit, in dessen Verlauf die FN-Anhänger Amaël sowie einen weiteren jungen Mann „mit Migrationshintergrund" – Raschid – zusammenschlugen. Amaël erhielt einen Tritt ins Gesicht, aufgrund dessen er einen Kieferbruch und 64 Tage Arbeitsunfähigkeit davontrug. Raschid kam mit acht Tagen Arbeitsunfähigkeit und einer Narbe auf der Stirn davon.

Aufgrund dieses Vorfalls wurden nun zwei der Plakatkleber des FN, Bruno Valls und Renaud André, im Hauptberuf Busfahrer respektive Erzieher, verurteilt. Valls erhielt zwölf Monate Haft, davon sechs Monate ohne Bewährung und den Rest auf Bewährung ausgesetzt. André erhielt acht Monate Haft, davon je die Hälfte ohne und mit Bewährung. Ferner müssen die beiden Verurteilten den Opfern 15.000 Euro an Entschädigung und Schmerzensgeld bezahlen.

Infolge des Urteils veröffentlichte der FN (auf seinen diversen Webseiten und als Presseaussendung) ein Kommuniqué unter dem Titel „Schwere Verurteilung von Aktivisten des Front National", unterzeichnet vom Bezirkssekretär in Lyon, Christophe Boudot. Darin heißt es u.a.: „Infolge des skandalösen und ungerechten Urteils, das vom Gericht in Villefranche-sur-Saône in der Thizy-Affäre ausgesprochen wurde und das zwei unschuldige Aktivisten des FN zu Gefängnis ohne Bewährung und schweren Geldbußen verurteilt, prangert der FN eine Justizparodie an. (....) Einmal mehr werden allein die unschuldigen Opfer, vor allem wenn sie dem FN angehören, (..) verurteilt. (....) Der FN unterstützt rückhaltlos die beiden erstinstanzlich verurteilten Kameraden und beschließt, in Berufung zu gehen, damit ihnen endlich Gerechtigkeit widerfahre. (....)" *BhS, Paris* ■

Rechtsaußen-Kandidatur

Wien. Günther Rehak, Rechtsextremist mit Verbindungen ins neonazistische Milieu, hat am 13. August bei einer Pressekonferenz angekündigt, für eine Kandidatur bei den kommenden Wiener Wahlen Unterstützungserklärungen zu sammeln. Unter der Bezeichnung Liste Wien fordert er einen „sofortigen Zuwanderungsstopp", die Bekämpfung der angeblich überbordenden Korruption und die „Erschwerung von spekulativen und parasitären Einkünften". Der „echte Wiener" sei „zum Menschen zweiter Klasse geworden", während „Leute mit Migrationshintergrund" fast überall bevorzugt werden würden.

Die neonazistische Webseite *alpen-donau* begrüßt bei aller Ablehnung der „Quatschbudendemokratie" die Rehak-Kandidatur grundsätzlich, da eine Konkurrenz von noch weiter rechts außen die FPÖ „veranlassen" würde, „sich auf ihre Wurzeln zu besinnen". Einer breiteren Öffentlichkeit wurde Rehak 1992 bekannt, als er Gerd Honsik mit einem „Gutachten" vom Vorwurf der Verstöße gegen das Verbotsgesetz entlasten wollte. In der Folge rückte er immer weiter nach rechts außen, seit 2007 ist er im „wissenschaftlichen Beirat" der neonazistischen Zeitschrift *Volk in Bewegung & Der Reichsbote*.

Rehak, der sich dem nationalrevolutionären Flügel des Rechtsextremismus zurechnet, referierte wiederholt bei neonazistischen Gruppen wie dem Bund Freier Jugend und sorgte zuletzt 2006 mit einem NEWS-Interview für Aufregung. Über die Gaskammermorde in Auschwitz wollte er damals nichts sagen, weil er sich nur zu Themen äußere, „über die man frei diskutieren kann". Offen kritisierte Rehak das Verbot der NSDAP, deren Neugründung in Form einer Vermengung mit der Sozialdemokratie ihm vorschwebe. (NEWS 42/2006, S. 48) *Neues von ganz rechts - August 2010, www.doew.at* ■

Droht „Blut und Boden"-Wahlkampf?

Wien. Das neue Wahlplakat der Wiener FPÖ („Mehr Mut für unser ‚Wiener Blut' / Zuviel Fremdes tut niemandem gut.") scheint – wenig überraschend – ganz nach dem Geschmack von Neonazis zu sein. So heißt es auf *alpen-donau* unter dem Titel „Blut und Boden?", dass man in der Vergangenheit mit dem Kurs der FPÖ „nicht immer so zufrieden" war, aber scheinbar „die Interventionen geholfen" hätten und die Freiheitlichen endlich wieder auf „Althergebrachtes" setzten. Auch weil „Blut und Boden" schon zentrales Element der NS-Ideologie und -Propaganda war, gefällt den Neonazis die freiheitliche „Hinwendung zum Blut" sehr gut, man wolle nun „aber auch klargemacht wissen, daß Blut und Boden sich gegenseitig bedingen. Daher ist die Ausschaffung von Ausländern das Gebot der Stunde."

Neues von ganz rechts - August 2010 www.doew.at ■

Dortmund: Polizei erlaubt Naziaufmarsch

Der „nationale Antikriegstag“ der Nazis soll wieder in Dortmund stattfinden. Und die Polizei genehmigt ihn, und die Stadt Dortmund lässt per „Koordinierungsstelle“ mitteilen, sie fände die Entscheidung ausreichend klug, weil irgendwie alternativlos.

Doch es handelt sich nicht um Anti-Krieg, sondern um Jubel für den nazideutschen Überfall auf Polen vom 1.9. 39, für den Beginn des Vernichtungskrieges WK II. Es handelt sich um verfassungsfeindliche Volksverhetzung.

Deshalb wurden der Dortmunder Polizeipräsident und der neue Landesinnenminister von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten aufgefordert: Verweigern Sie die Zustimmung zu dem Plan der Nazis und Neonazis, am 4. September in Dortmund Volksverhetzung und Kriegshetze zu betreiben. Handeln Sie entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte November 2009 (Az. 1 BvR 2150/08).

Dieses Gericht hatte nach seiner Fehlentscheidung vom September 2009, das Verbot der Nazidemo vom 4. 9. 09 aufzuheben, neu beraten und entschieden.

„Wegen der besonderen Geschichte Deutschlands gilt in der Frage der Meinungsfreiheit für Nazis eine Ausnahme. ‚Angesichts des Unrechts und des Schreckens, den die Naziherrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht habe‘, enthalte das Grundgesetz in diesem Punkt eine Ausnahme vom Verbot, ein Sonderrecht gegen bestimmte Propaganda zu schaffen. Denn ‚das Grundgesetz kann weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden’.“ (Zitiert nach dpa vom 17.11.09)

Der neue Paragraph 130 Absatz 4 des Strafgesetzbuches erlaubt mit Zustimmung des Bundesverfassungsgerichts ein Versammlungsverbot, wenn Aggression und Angriff auf die Opfer, Lobpreisung der Gewalt- und Willkürherrschaft gegeben sind.

Die Süddeutsche Zeitung schrieb dazu am 18.11.09: „Die Freiheits-Grundrechte des Grundgesetzes verkörpern die Erinnerung an das Menschheitsverbrechen. Diese Erinnerung darf nicht verwüstet werden durch die militante Beleidigung der Opfer. Die Grundrechte sollen nicht missbraucht werden, um das Gedenken derer zu verhöhnen, die sie verkörpern.“

Die VVN-BdA führte in einer Antwort an den Polizeipräsidenten und die Stadt Dortmund aus:

„Unsere Organisation ist eine Organisation der Opfer. Sie wurde für Dortmund 1947 von 2000 Überlebenden des Holocaust, von NS-Opfern und Teilnehmern am Antinazi-Widerstandskampf gegründet. Die Volksverhetzung der Nazis in Dortmund regelmäßig zum 1. September ist unerträglich und wird von uns niemals hingenommen.“

http://boju.blogsport.de/ ■



http://dortmundquer.blogsportde

Aus dem Newsletter des Bündnis „Dortmund stellt sich quer!“ zum Stand der Vorbereitungen für den 4. September 2010:

Nach derzeitigem Stand treffen sich die Nazis um 12 Uhr in der direkten Nähe des Hauptbahnhofs (Ausgang nördliche Innenstadt), um danach durch die Nordstadt zu demonstrieren. Der Aufmarsch wurde unter Auflagen von der Dortmunder Polizei genehmigt.

Am Tag selber und auch im Vorfeld wird es aktuelle Informationen über Twitter, unseren Blog und ein Infotelefon geben. Auch ein Ermittlungsausschuss wird eingerichtet. In Kürze gibt es aktuelles Kartenmaterial von der (nördlichen Innenstadt) auf unserem Blog.

Bereits am 3.9. wollen die Nazis zwischen 18.30 und 21.30 Uhr eine Kundgebung oberhalb der Freitreppe gegenüber des Hauptausganges des Dortmunder Hauptbahnhofes abhalten. Neben diversen Redebeiträgen sind Auftritte zweier Nazibands vorgesehen.

Unser Bündnis hat ebenfalls an der Freitreppe eine antifaschistische Kundgebung angemeldet. Nähere Informationen zu unseren Aktivitäten in Kürze auf unserem Blog.

Am Wochenende vor dem Aufmarsch werden wir in Dortmund eine öffentliche Aktionskonferenz durchführen und dort über den aktuellen Stand der Dinge und unsere letzten Planungen informieren.

Darüber hinaus findet am Freitag, den 27.8.2010, eine Aktion des Bündnis Dortmund gegen rechts statt, die wir unterstützen. So soll der Stadtteil Dorstfeld von neofaschistischer Propaganda (Plakaten, Aufklebern, …) gereinigt werden.

Für den 1. September rufen wir bundesweit dazu auf, öffentlich „Dortmund stellt sich quer!“-Plakate zu kleben bzw. unsere Flyer (zum Download auf unserem Blog, unter Material) zu verteilen. Vielerorts finden anlässlich des Antikiregstages Kundgebungen und Demonstrationen statt. Nutzt diese, um für unsere Blockaden zu werben!

Mobilisierungsveranstaltungen:

Am 25. August findet eine gemeinsame Veranstaltung von „Dortmund stellt sich quer!“, der Tageszeitung junge Welt, der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) und dem Antimilitaristischen- und antifaschistischem Aktionsbündnis statt. Neben neusten Informationen wird der Historiker Kurt Pätzold dort u. a. zum Thema Nazis und Krieg referieren: 25. August 2010, 19 Uhr | Ladengalerie der jungen Welt, Torstr. 6, Berlin

18. August: Villingen-Schwenningen
19. August: Remscheid
22. August: Antifa Camp Rheinland
23. August: Münster
23. August: Kirchheim/Teck
25. August: Freiburg
25. August: Wuppertal 19 Uhr Multikulti
26. August: Stuttgart
26. August: Düsseldorf
27. August: Leonberg
27. August: Hamburg
01. September: Köln 19.30 Uhr DGB-Haus
02. September: Bonn, Kassel, Potsdam, Gelsenkirchen, Sauerland, Essen

Genaue Orte usw. finden sich auf unserem Blog.

Spenden:

Öffentlichkeitsarbeit, Rechtsanwaltskosten usw. kosten viel Geld, deshalb wird um Spenden auf folgendes Konto gebeten. Bitte unbedingt als Verwendungszweck „4.9.2010“ angeben.

VVN – BdA Dortmund
BLZ: 440 501 99
Kontonr.: 301 01 3094
Verwendungszweck: 04.09.

Informationen und Kontakt:
http://dortmundquer.blogsport.de/
info@dortmundquergestellt.de ■

Zwei Chefs des Front National bei japanischen Rechtsextremen zu Gast

„Patrioten aller Länder, vereinigt Euch“: Unter dieses Motto wollte der Vizepräsident des Front National (FN), der Europaparlamentarier Bruno Gollnisch, seine Reise nach Japan gestellt sehen. Am 9. August 10 kündigte er sie in Paris auf einer Pressekonferenz an. An ihr nahm Parteichef Jean-Marie Le Pen nicht teil; er begleitet Gollnisch jedoch auf der Reise, die vom 12. bis 18. August 10 dauert.

In Japan nehmen die beiden rechtsextremen Franzosen vom 12. bis 15. August an einer internationalen „Konferenz der Nationalisten, Patrioten und Verteidiger der Identität ihrer Völker“ teil. Organisiert wird sie durch die japanische rechtsextreme Vereinigung Issuikai, die 1972 gegründet wurde und derzeit unter dem Vorsitz des 54-jährigen Mitsuhiro Kimura steht. Die kleine Partei, die nicht mehr als ein paar Hundert Mitglieder haben dürfte, lehnt das Bündnis Japans mit den USA ab. Sie leugnet oder verharmlost japanische Verbrechen im Zweiten Weltkrieg wie das Massaker von Nanking (1937) oder die Zwangsprostitution von 200.000 meist koreanischen Frauen in der Armee. Auf internationaler Ebene hatte sie Kontakte zum früheren irakischen Regime unter Saddam Hussein geknüpft. An ihrer diesjährigen Zusammenkunft nehmen auch Vertreter der österreichischen FPÖ, der ungarischen antisemitischen Partei Jobbik, der britischen BNP, des belgischen Vlaams Belang sowie ukrainische und portugiesische Rechtsextreme teil.

Auf dem Besuchsprogramm von Le Pen und Gollnisch steht auch, am 14. August, der Besuch bei dem umstrittenen Yakusuni-Schrein. An ihm werden 2,5 Millionen japanische Soldaten der Jahre 1868 bis 1951 geehrt. Unter ihnen sind auch 14 Kriegsverbrecher, die nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tode verurteilt wurden und von denen sieben hingerichtet wurden. Bruno Gollnisch erklärte auf seiner Pressekonferenz dazu: „Es gibt die guten Kriegsverbrecher, das sind die Sieger. Und es gibt die schlechten Kriegsverbrecher: die Besiegten. 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werde ich mich nicht an dieser Rhetorik beteiligen, sie interessiert mich nicht.“

Bruno Gollnisch, seit 2004 (infolge von Holocaustleugnung bzw. –relativierung) zwangspensionierter Universitätsprofessor für Jura und japanische Zivilisation in Lyon, ist ein guter Japankenner. Er beherrscht mehrere ostasiatische Sprachen – die er in den späten sechziger Jahren erlernte, u.a. weil er als damaliger junger Marineoffizier zunächst für einen militärischen Nachrichtendienst arbeiten wollte – und ist ferner mit einer Japanerin verheiratet. *BhS, Paris* ■

Polizeikessel war rechtswidrig

Köln. Am 12. und 13. August fand vor dem Verwaltungsgericht die Verhandlung „Betroffene klagen gegen Platzverweise, Polizeikessel und stundenlange Festsetzung beim 1. „Anti-Islamisierungskongress“ (19./20. 9. 2008) der extrem rechten, rassistischen „Bürgerbewegung Pro Köln“ statt. Das Gericht entschied, die bis zu 15-stündigen Freiheitsentziehungen, die Verbringung in die Gefangenensammelstelle Brühl und das dortige Festhalten waren rechtswidrig. Die schriftliche Urteilsbegründung erfolgt später. Die Anwälte haben ihren Mandaten nun geraten, Schadensersatz zu fordern. Dazu Reiner Schmidt, Sprecher des „Bündnis gegen Pro Köln“:

„Die völlig willkürlichen und überzogenen Maßnahmen der Polizei beim ersten „Anti-Islamisierungskongress“ der extrem rechten „Bürgerbewegung Pro Köln“– von Platz-verweisen bis zur Einkesselung und Ingewahrsamnahme- reihen sich in eine lange Liste polizeilicher Maßnahmen der letzten Jahre ein, die vom Verwaltungsgericht Köln immer wieder für rechtswidrig erklärt wurden (z.B. Gipfeltreffen 1999, AZ: 20 K 4628/00; antirassistisches Grenzcamp 2003, AZ: 20 K 5272/04, 20 K 5343/04 und 20 K 5345/04).

Trotz dieser Gerichtsentscheide kommt es immer wieder zu ähnlichen Maßnahmen, wie auch beim ersten „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln. Die willkürlichen Platzverweise und die grundlose Einkesselung von DemonstrantInnen am 20.9.2008 wurden im Nachhinein begründet mit an den Haaren herbeigezogenen „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ rund um den Heumarkt. Die Anzeigen wegen Landfriedensbruchs gegen die Eingekesselten wurden bereits Anfang 2009 3 Tage nach Zustellung der Akten an die Staatsanwaltschaft gegen alle Beteiligten eingestellt. Die Maßnahmen



dienten offensichtlich ausschließlich der Kriminalisierung der DemonstrantInnen, sollten abschreckende Wirkung haben und Menschen in der Zukunft bei ähnlichen Ereignissen von antifaschistischem Engagement abhalten.

Dass das glücklicherweise nicht funktioniert hat, zeigte sich spätestens bei den Protesten – „Aufgestanden, hingegangen, abgepfiffen“- gegen den Zweiten Anti-Islam-Kongress von Pro Köln am 9. Mai 2009. Mittlerweile wurde das Kölner Blockadekonzept in mehreren Städten erfolgreich gegen Naziaufmärsche praktiziert, z.B. am 13.02. 2010 in Dresden.

Auch in Köln werden wir selbstverständlich weiterhin offensiv gegen Naziaufmärsche vorgehen.

Bündnis gegen Pro Köln ■

Zum Hintergrund:

Am 19./20. September 2008 wollte die extrem rechte „Bürgerbewegung Pro Köln“ einen internationalen „Anti-Islamisierungskongress“ auf dem Kölner Heumarkt durchführen.

Tausende Kölnerinnen und Kölner und zugereiste AntifaschistInnen schlossen sich am 20.09. dem Aufruf des „Bündnis gegen Pro Köln“ unter dem Motto „Aufgestanden, hingegangen, hingesetzt“ an und blockierten die Zugänge zum Veranstaltungsort. Gegen Mittag des. 20.09. verbot die Polizei den „Anti-Islamisierungskongress“.

Nach der Absage des Kongresses verhandelten Blockadeteilnehmer der Blockade am Rheinufer mit der Polizei über eine Spontandemo zum Heumarkt. Da keine Einigung über die Route zustande kam, setzte sich eine Gruppe von ca. 1000 Personen in Richtung Altstadt in Bewegung. Eine in zeitlich und räumlich großem Abstand vorangegangene kurze Auseinandersetzung zwischen Polizei und DemonstrantInnen in der Nähe der Blockade an der Malzmühle nahm die Polizei zum Vorwand, die Demonstration einzukesseln, über mehrere Stunden festzuhalten und anschließend alle eingekesselten in die Gefangenensammelstelle Brühl zu verfrachten, wo die meisten die Nacht verbringen mussten. Unter den in Gewahrsam genommenen befanden sich Minderjährige und völlig unbeteiligte Passanten. Gegen 245 in Gewahrsam Genommene wurde Anzeige wegen Landfriedensbruchs gestellt. Diese Verfahren wurden von der Staatsanwaltschaft 3 Tage nach Erhalt der Akten im Januar 2009 alle eingestellt.

„Kein Büro von Rassist_innen in Berlin oder sonst irgendwo!“

Berlin. Mit der Parole „Kein Fußbreit den Rassist_innen! Weder in Berlin noch sonst irgendwo!“ waren die erfolgreichen Proteste gegen den Bundesparteitag der selbsternannten ‚Bürgerbewegung Pro Deutschland‘ überschrieben. Unter derselben Prämisse rief nun das Bündnis gemeinsam mit der Bürgermeisterin von Marzahn/ Hellersdorf Dagmar Pohle gegen die Eröffnung des „Hauptstadtbüros“ von ‚Pro Deutschland‘ vor dem Eingang Allee der Kosmonauten 28/ 28a auf. Hier die Erklärung des Berliner Bündnis gegen ‚Pro Deutschland‘ dazu:

„Auch wenn sich jetzt der vollmundig angekündigte Umzug von ‚Pro Deutschland‘ nach Berlin und die Suche nach einem repräsentativen Objekt mit ca. 400 m² Fläche in zentraler Lage als Flopp herausgestellt hat, werden wir Rassist_innen entgegentreten, egal wo sie sich in Berlin verkriechen.

Begnügen muss sich Pro Deutschland derzeit mit 3 kleinen Räumen, insgesamt ca. 70 m² Fläche in der Nähe des S-Bahnhofes Springpfuhl im Gewerbe- und Industriegebiet an der Allee der Kosmonauten 28. Dieses gehört der Bau- und Bauland GmbH, für die die DIBAG Industriebau AG mit Sitz in München als Vermittlerin agiert. Ob die Wahl dieses Objekt mit der fehlenden finanziellen Unterstützung von Patrick Brinkmann zusammenhängt oder Ergebnis der Proteste gegen deren Bundesparteitag vom 17. Juli ist, bleibt offen. Möglich erscheint beides. Nach bestätigten Informationen ist die Anmietung der Räume schon vor Wochen von Manfred Rouhs, Bundesvorsitzendem von ‚Pro Deutschland‘, privat erfolgt. Über eine Untervermietung an ‚Pro Deutschland‘ soll jetzt die Eröffnung eines Büros erfolgen. Diese Vorgehensweise zur Verschleierung des wirklichen Mieters ist nicht neu. Ob hierbei eine arglistige Täuschung vorliegt, prüfen derzeit die Jurist_innen der DIBAG Industriebau AG, die nach Aussagen aus der Zweigstelle Berlin auch eine Kündigung des Mietvertrages erwägen.

Das Berliner Bündnis gegen Rassist_innen und sogenannte Rechtspopulist_innen wird das Ergebnis dieser Prüfung nicht abwarten und ruft zu Protesten vor dem Eingang der Allee der Kosmonauten 28 am 19. August ab 09.00 Uhr auf.

Trotz der kurzfristigen Mobilisierung werden wir dieser Büroeröffnung nicht untätig zusehen, egal wie lange ‚Pro Deutschland‘ dort Mieterin bleibt. Auch die geplante Veranstaltung am 26. August an selbigem Ort mit Prof. Dr. Menno Aden, Vorsitzender der ‚Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG)‘ mit dem Thema „Deutscher Patriotismus im heutigen Europa“ bleibt in unserem Fokus. Selbigen Vortrag hielt Aden schon im vergangenen Jahr beim ‚17. Berliner Kolleg‘ des ‚Institutes für Staatspolitik (IfS)‘, welches der ‚Neuen Rechten‘ zugeordnet wird.

Querverbindungen bzw. die Zusammenarbeit des SWG lassen sich auch mit der ‚Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM)‘, der ‚Neuen Freiheit‘, Burschenschaften, dem ‚Studienzentrum Weikersheim‘ und weiteren Organisationen, Medien und Einzelpersonen vom Rechtskonservativen bis zum Spektrum der ‚Neuen Rechten‘ nachweisen.

Bekannt geworden ist die SWG u.a. 2008 durch die Auseinandersetzung um die Einladung von Wjatscheslaw Daschitschew, der nicht nur bei der NPD, der DVU-nahen ‚National Zeitung‘ und der ‚Gesellschaft für freie Publizistik‘ herzlich willkommen ist sowie im Vorstand des rechtsextremen Netzwerk ‚Kontinent Europa Stiftung‘ sitzt.

Auch hier wird deutlich, in welcher Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Nazis ‚Pro Deutschland‘ zu verorten ist.

Deshalb sagen wir NEIN zu einem „Hauptstadtbüro“ von ‚Pro Deutschland‘. Rassist_innen und sogenannte Rechtspopulist_innen sind in Berlin nicht willkommen!

Wir rufen alle Bürgermeister_innen der Berliner Bezirke dazu auf, sich diesem Aufruf und dem Bündnis anzuschließen und zu einer Sensibilisierung von privaten Vermieter_innen im Umgang mit den Methoden von Rassist_innen, Nazis und sogenannten Rechtspopulist_innen bei der Anmietung von Räumlichkeiten beizutragen.

Neben dem Protestaufruf für den 19. August ruft das Bündnis auch zu einem entschiedenen Protest gegen den geplanten Besuch des niederländischen „Rechtspopulisten“ Geert Wilders auf Einladung von ‚Pax Europa‘ und ‚Politically Incorrect‘ in Berlin am 2. Oktober auf. Das erste Vorbereitungstreffen des Bündnisses für diese Proteste wird am 30. August 2010 um 18.30 Uhr im Cafe Interkulturell, Geßlerstraße 11 in Schöneberg stattfinden

Mehr Infos: http://rechtspopulismus-stoppen.blogsport.de/ ■

Naziaufmarsch war ein Reinfall

Neumünster. Für den 21. August 2010 hatten schleswig-holsteinische Neonazis einen Aufmarsch in Neumünster angekündigt. Vorgeblich wollten diese „Preußenkönig“ Friedrich II. anlässlich dessen Todestag am 17. August gedenken. Offensichtlich war jedoch, dass es sich hierbei um einen Vorwand handelte, eine Ersatzveranstaltung für das seit einigen Jahren verbotene, in der NS-Szene bedeutsame Gedenken an den NS-Kriegsverbrecher und Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess durchzuführen, dessen Todestag sich gleichzeitig mit dem Friedrichs II. jährt.

Seit Bekanntwerden vor zwei Wochen mobilisierten antifaschistische Gruppen aus Schleswig-Holstein und das Neumünsteraner Bündnis gegen Rechts kurzfristig zu Gegenaktivitäten. Bereits ab 9 Uhr versammelten sich zahlreiche Antifaschist_innen am und um den Neumünsteraner Bahnhof. Einige beteiligten sich an der antifaschistischen Bündnis-Kundgebung auf dem Konrad-Adenauer-Platz, andere begannen an der Bahnhofstraße nahe des erwarteten Naziauftaktortes an einem Parkplatz am Kleinflecken die angekündigte Route des Aufmarsches zu blockieren. Um etwa 10.15 Uhr zog infolge der Anreise von etwa 70 Antifaschist_innen mit dem Zug aus Kiel eine Spontandemo von gut 100 Menschen vom Bahnhof zur Blockade. Ein Großteil der Teilnehmer begab sich daraufhin direkt weiter zum Kleinflecken. Hier kam es zu einem kurzen aber brutalen Polizeieinsatz mit anschließendem Schlagabtausch, bei dem ei-



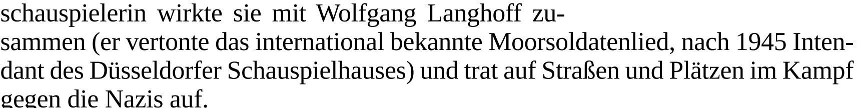
nige Antifaschist_innen verletzt wurden. Zu Hochzeiten beteiligten sich an der Blockade um die 150 Menschen. Parallel dazu bewegten sich zahlreiche Gruppen von Antifas durch den Innenstadtbereich oder an der angekündigten Naziroute.

Gegen 11 Uhr kam schließlich eine Gruppe von 70 Neonazis im Bahnhof an, die sich größtenteils zuvor in Hohenweststedt gesammelt hatte. Im Tunnel des Bahnhofs wurde die Gruppe, zu der nach und nach noch weitere Nazis stießen, von der Polizei am Ausgang zum Postparkplatz, in dessen unmittelbarer Nähe sich der linke Treffpunkt AJZ befindet, am Rausgehen gehindert. Unter anderem, weil der Demoanmelder Jörn Gronemann aus Lübeck alkoholisiert gewesen sein soll und weil die Polizei nach eigenen Angaben die Sicherheit der Nazis nicht garantieren konnte, wurde ihnen eine Kundgebung auf dem Postparkplatz statt der angemeldeten Demorute angeboten. Nachdem die Nazis sich hierauf nicht einlassen wollten, beendeten sie ihre Veranstaltung freiwillig und kassierten kurze Zeit später Platzverweise, woraufhin der Großteil der Nazis schon gegen 12.30 Uhr wieder in Zügen Richtung Hohenweststedt und Kiel die Stadt verließ.

Insgesamt war der Tag ein absoluter Reinfall für die schleswig-holsteinische Naziszene: Kein Aufmarsch, keine Öffentlichkeit, Platzverweise und einige blaue Flecken sprechen dafür. Dass der Ausfall des Naziaufmarsches scheinbar politisch gewollt war und durch eine entsprechende Polizeistrategie provoziert wurde – was für Neumünster ein absolutes Novum darstellt – ist kaum von der Hand zu weisen. Eine aus dem Boden gestampfte Antifa-Mobilisierung im Vorfeld, die auf den Hintergrund des Hess-Gedenkens aufmerksam machte und das vielfältige Agieren von bis zu 400 Antifaschist_innen am heutigen Tage hat jedoch einen würdigen Anteil dazu beigetragen.

http://antifanms.blogsport.de
http://www.antifa-kiel.org ■

Maria Wachter, geboren am 21. April 1910 in Düsseldorf, verstorben am 18. August 2010 in Düsseldorf.



Maria Wachter war in Nordrhein-Westfalen eine der letzten Überlebenden aus dem Widerstandskampf gegen den Faschismus. Nach einem kampferfüllten Leben ist sie am Mittwoch in Düsseldorf verstorben.

Seit 1930 war sie Mitglied der KPD. Sie gehörte zu den wenigen Mahnern, die 1933 vor dem Düsseldorfer Industrieclub warnten: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“. Als Laienschauspielerin wirkte sie mit Wolfgang Langhoff zusammen (er vertonte das international bekannte Moorsoldatenlied, nach 1945 Intendant des Düsseldorfer Schauspielhauses) und trat auf Straßen und Plätzen im Kampf gegen die Nazis auf.

Von 1933 bis 1935 im Untergrund und Widerstand in Düsseldorf. Von 1935 bis 1937 Internationale Lenin-Schule in Moskau. Von 1937 bis 1939 von Amsterdam aus Widerstandskampf in Deutschland. 1939 Verhaftung in Paris und Internierung. 1942 zu Zuchthaus in Deutschland verurteilt, dann Zwangsarbeit. Die Befreiung im April 1945 rettete sie vor der Deportation ins KZ Ravensbrück.

Mit Gründung der VVN wurde sie Mitglied dieser Opfer- und Widerstandsorganisation. Maria war viele Jahre in Bundesgremien und später im Landes-ausschuss der VVN-BdA NRW verantwortlich tätig. Zuletzt war Maria Ehrenvorsitzende der VVN-BdA NRW. Ihre Erfahrungen gab sie mit großer Überzeugungskraft an die nachwachsende junge Generationen weiter. Dem Militarismus und Neofaschismus galt ihr Kampf bis zuletzt. Für ihre Arbeit im Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf wurde ihr dort die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Der Antrag auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft wurde von CDU/FDP/SPD im Rat der Stadt Düsseldorf abgelehnt (Die Grünen enthielten sich).

Mit Dankbarkeit blicken wir auf ihre Jahrzehnte andauernde antifaschistische Arbeit zurück. Sie wird uns immer ein Vorbild bleiben.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - VVN-BdA - Landesvereinigung NRW
vvn-bdanrw@freenet.de - www.nrw.vvn-bda.de

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 20. September 2010 um 13.20 Uhr in der Kapelle des Stoffeler Friedhofs, Bittweg 60, 40225 Düsseldorf statt.

Aus dem Newsletter Die Linke – BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus Antifa aktuell 8/2010

Mitgliederbefragung zur Vereinigung von DVU und NPD

BERLIN. Mit den Mitgliederbefragungen in NPD und DVU im Juli ist die erste Voraussetzung für eine Fusion beider Parteien erfüllt. Zwar erreichten diese nur den kleineren Teil der Mitglieder, die mehrheitliche Zustimmung auf den zurückgegebenen Fragebogen interpretieren Voigt und Faust dennoch als „überzeugendes Votum“. Bei der NPD hätten sich 1872 von den knapp 7000 Mitgliedern beteiligt, für eine Vereinigung stimmten davon 92,47 Prozent, mit „Nein“ votierten 6,62 Prozent. Von angeblich 5.582 durch die DVU-Geschäftsstelle in Hamburg versandten Fragebögen sollen 1100 zurück gekommen sein. Darauf habe es 90,95 Prozent Ja-Stimmen und 7,41 Prozent Nein-Stimmen für die Vereinigung mit der NPD gegeben. Eine Vereinigung auch mit anderen Parteien oder Organisationen hielten in der NPD 65,4% der Antworten für richtig, in der DVU 67,89%.

Einen neuen Parteinamen wollen in der NPD nur 26,16% (Ablehnung 61,36%, Enthaltung 12,49%), in der DVU aber 68,39% (Ablehnung 17,46%, Enthaltung 14,15%).

Ungeachtet des weiteren Vorpreschens des eigentlich abgesetzten DVU-Vorsitzenden Faust sind auch seine Gegner vor allem in den norddeutschen Gliederungen nicht bereit aufzugeben, sie installierten eine neue Homepage „DVU Norddeutschland“.

Pressefest der „Deutschen Stimme“

Beim Pressefest der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ am 7. August am Quitzdorfer Stausee in Ostsachsen waren mit etwa 2000 Teilnehmern bedeutend weniger Anhänger und Gäste als in den vergangenen Jahren, als oft die dreifache Zahl erreicht wurde. Als Redner traten neben Voigt und Apfel der Neonazi Kamkin aus Moskau und die Leiterin des „Rings Nationaler Frauen“ auf, die hier für ihre zentrale Parole nach einem „Müttergehalt“ warb. Kritik wurde vor allem an der zunehmend kommerziellen Ausrichtung des Events laut.

Der Berliner NPD-Landesverband will am 18. September in Berlin eine Kundgebung „Überfremdungsgesetz stoppen!“ durchführen, gegen das vom Senat geplante Integrationsgesetz protestieren, mit dem angeblich die „gesetzliche Bevorzugung von Ausländern“ droht. Als Redner ist neben Udo Voigt und dem NPD-Landesvorsitzenden Meenen auch der berüchtigte neonazistische Hetzer Dieter Riefling aus Hildesheim angekündigt. Entsprechende Stimmung sollen verschiedene Rechtsrock-Bands machen. ■

Ein UN-Gremium, das sich der Diskriminierungsbekämpfung widmet, übt heftige Kritik am neuen Auftreten der französischen Machthaber. Der Front National triumphiert in aller Öffentlichkeit, seine Ideen würden nunmehr endlich Anerkennung finden. Gesetzesänderungen wurden bereits in Auftrag gegeben

Frankreich:

Wettlauf zwischen Konservativen und Front National

Sammelt der Front National die politischen Früchte auf? Oder wird sein politisch-ideologisches Bemühen letztlich doch eher dem konservativen Regierungslager zugute kommen? Die Antwort auf diese Fragen bleibt abzuwarten. In ihrer Sonntags-Ausgabe vom 15. August 2010 jedenfalls titelt die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' auf ihrer Seite Eins unübersehbar (Originalwortlaut): „Übersteigerte Sicherheitskampagne: Die extreme Rechte will ernten, was Monsieur Sarkozy sät."[1] Und im Blattinneren folgt die Fortsetzung unter der Überschrift: „Aus Sicht des FN lässt Nicolas Sarkozy ‚die Tabus fallen'".

Für ihren gründlich recherchierten Artikel haben die auf die extreme Rechte spezialisierten JournalistInnen der Zeitung – Abel Mestre und Caroline Monnot – eine Reihe von Bezirkssekretären des Front National (FN) darüber befragt, wie diese die derzeitige „Sicherheits"kampagne von Präsident Sarkozy einschätzen. Im Raum Lille und Calais, im Bezirk Seine-et-Marne (östliches Pariser Umland), im südlichen Elsass, in Hochsavoyen (Alpenregion) und in Perpignan in Südwestfrankreich. Unisono kommen die befragten Parteifunktionäre des FN zu dem Ergebnis, inhaltlich seien die aktuellen Vorschläge aus dem Regierungslager zu „Ausländerkriminalität" und Staatsbürgerschaftsdebatte voll auf ihrer Linie – doch Sarkozy sei bei ihrer Umsetzung nie und nimmer glaubwürdig. Abgenutzt von Regierungspraxis und Realpolitik, und gegebenenfalls auch gehemmt durch europäisches Recht und verfassungsrechtliche Regeln (die ihn daran hindern, gar zu weit zu gehen, auf Kosten fundamentaler Menschenrechte). Entsprechend teilen alle die Vision, die aktuelle Kampagne sei Wasser auf ihre eigenen Mühlen, und nicht jene des Regierungslagers; Sarkozy betätige sich als „Eisbrecher für uns" und als „Tabustürzer". Nunmehr sei es nicht länger glaubwürdig, den FN als rassistische oder faschistische Partei zu verdammen, da Regierungspolitiker sich mit ihren Vorschlägen in nächste Nähe zu ihm begäben. Als „nächste Stufe" müsse nun längerfristig die Bündnisfrage auf der Rechten gestellt, und eine Umgruppierung derselben angesteuert werden.

Regionale Kampagne für „Opa Selbstjustiz"

Durch eine kurze Andeutung weist die Zeitung auch auf das derzeitige Zusammenspielen von (örtlichen und zum Teil auch überregionalen) Vertretern der Konservativen und der extremen Rechten im Falle von René Galinier hin. Galinier ist ein 73-jähriger Rentner in der Kleinstadt Nissan-lez-Ensérun im Raum Montpellier, der am 5. August bei sich zu Hause mit einem dort aufbewahrten Jagdgewehr auf zwei junge Einbrecherinnen schoss. Bei ihnen handelt es sich um zwei junge Romafrauen, die schwer verletzt wurden. Der Schütze beruft sich auf Notwehr: Er sei des Nachmittags im Schlaf durch Geräusche plötzlich aufgeweckt worden und habe es mit der Angst zu tun bekommen. Der zuständige Staatsanwalt Patrick Mathé, der den Selbstjustiz übenden Rentner wegen Körperverletzung in U-Haft (in der Haftanstalt von Béziers) nehmen ließ, sieht es jedoch völlig anders: Auf beide Frauen sei aus nächster Nähe geschossen worden. Zudem hätten beide Einbrecherinnen – die unbewaffnet waren – sich jeweils in verschiedenen Zimmern befunden, als sie angeschossen wurden. Dies deutet nicht auf eine defensive Tat in einem Schreckmoment hin. Ferner sei nicht davon auszugehen, dass Galinier, der ein Veteran des französischen Algerienkriegs (1954-62) ist, es so leicht mit Angst zu tun bekomme. Das Dorf, dessen Einwohner er ist, mobilisiert jedoch seit dem 7. August ziemlich massiv zu seinen Gunsten und fordert die Freilassung von „Opi Galinier" (‚Pépé Galinier'): Auf eine Petition wurden allein an einem Sammelpunkt innerhalb einiger Stunden 400 Unterschriften gesetzt. Auf der Webseite der Regionalzeitung ‚Midi Libre' wimmelt es im Leserforum von Kommentaren, die Selbstjustiz rechtfertigen und oft rassistischer Natur sind.

Auf politischer Ebene nunmehr kommt Unterstützung für die Forderung nach seiner Freilassung vom FN – Marine Le Pen publizierte ein Pressekommuniqué dazu, das zwar verbal moderat formuliert ist, aber Selbstjustiz („wenn der Staat nicht schützen kann") rechtfertigt – und von der konservativen UMP[2]. Ein Beisitzer des Bürgermeisters von Béziers mit Zuständigkeit für Jugend und Kultur, Jason Onderwater (UMP), der auch stellvertretender Jugend-Verantwortlicher der UMP in der Region ist, drehte ein Video zur Unterstützung von René Galinier und stellte es ins Internet. Auf der Website der Regionalzeitung traf er, obwohl auch (kommunal-)wahlpolitische Motive zur Sprache kamen, eher auf erkennbare Unterstützung damit. Allerdings erntete er auch Widerspruch, sogar innerhalb seiner eigenen Partei, deren Bezirksvorsitzender Arnaud Julien ihm mit den Worten widersprach: „Das geht nicht, wir leben in einem Rechtsstaat..."[3] – Seinerseits machte sich der UMP-Abgeordnete des weiter entfernten Nizza, Lionnel Luca, in der Öffentlichkeit für den Rentner und seine Freilassung stark.

Dies ist nur ein örtlicher Ausschnitt aus einem gesellschaftlichen Klima in Frankreich, das in Teilen angespannt ist.

Heftige Kritik vom UN-Aussschuss für Rassismusbekämpfung

Vor dem Expertenteam der Vereinten Nationen stand Frankreich da wie ein so genannter Schurkenstaat. Bei den Anhörungen vor dem 18köpfigen Ausschuss, der die UN-„Kommission zur Beseitigung der Rassendiskriminierung" – CERD – repräsentierte, am vergangenen Mittwoch und Donnerstag (11. und 12. August) in Genf geriet die französische Delegation unter gehörigen Rechtfertigungsdruck. „Es besteht ein Widerspruch zwischen dem Bild (Frankreichs), das nach außen hin vermittelt wird, und der Realität. Es wäre Zeit, dass Sie endlich den Träumen von Freiheit und Brüderlichkeit Leben verleihen" hielt der Teamvorsitzende – der US-Bürger Pierre-Prosper – den schwitzenden Repräsentanten der französischen Regierung vor.

Andere Ausschussmitglieder stellten im Rahmen der in periodischen Abständen stattfindenden Anhörung, bei der die Umsetzung der Internationalen Konvention zur Beseitigung der Rassendiskriminierung von 1965 überprüft wird, zahlreiche kritische Nachfragen. Die Delegierten hatten brav einen 90seitigen Bericht vorbereitet, der die Erfolge des französischen Staates bei der Umsetzung der Anti-Diskriminierungs-Konvention unterstrich. Aber bei den Diskussionen wurde besonders der aktuelle politische Diskurs an der Spitze des französischen Staates auf dem Prüfstand gestellt. „Ich verstehe nicht, was ein ‚Franzose ausländischer Herkunft' ist" und warum er rechtlich anders behandelt werden soll, warf ein türkischer UN-Experte – der Professor für Politikwissenschaft Gün Kut – ein. Auch er spielte auf jüngste politische Entwicklungen in den oberen Sphären der französischen Politik an. Und eine Ausschussvertreterin aus Burkina-Faso beklagte: „Es fällt uns schwer, mit Frankreich zu sprechen, das wir so gut kennen und wenig wiedererkennen."

Der oberste französische Repräsentant, der Staatssekretär (für Europa-Angelegenheiten) und UMP-Schleimling Pierre Lellouche, erwiderte: Seine Regierung

verteidige die Grundrechte, unter ihnen „das erste Recht, jenes auf Sicherheit". „Die Sicherheit als oberstes Grund- und Freiheitsrecht" (im Original: ‚la sécurité, la première des libertés'), so lautete ein Slogan, den Nicolas Sarkozy als frischgebackener Innenminister im Juni 2002 ausgegeben hatte. Und das ist autoritäre Ideologie pur: Alle anderen Freiheitsrechte übt der oder die Einzelne als Abwehrrecht gegen die Staatsmacht aus – dieses aber genießt die Staatsmacht „im Namen ihrer Bürger".

Der UN-Expertenausschuss wird nun seine „Empfehlungen" an die Adresse Frankreichs gegen Ende August, aller Voraussicht nach am 27.8., abgeben. Unterdessen ging die französische Regierungspartei UMP schon längst zur öffentlichen Gegenattacke über. Ihr Vize-Parteisprecher Dominique Paillé erklärte etwa am 13. August beim Sender RTL, die vorgetragene Kritik habe keine Bedeutung, denn sie komme von Experten, die „100 Meilen von der Realität entfernt" seien. Zudem sei er „überrascht über die Haltung des Ausschusses", da in ihm „Leute (sitzen), die aus Ländern kommen, die die Menschenrechte absolut nicht respektieren"[4]. Der 18köpfige Ausschuss ist sehr divers zusammengesetzt, in ihm sitzen Repräsentanten aus den USA, Irland, Großbritannien, Frankreich, Guatemala, Kolumbien, Algerien, Niger, Burkina-Faso, Russland, der Türkei, Pakistan... Er fügte hinzu: „Dieser Ausschuss täuscht sich (...), er hat die Pflicht, innerhalb eines gegebenen Zeitraums die Ergebnisse (der Behörden) zu untersuchen, und nicht nach Eindrücken zu urteilen." Sonst verstehe er nicht, „warum so viele Menschen bei uns zuwandern wollen". Claude Guéant, Generalsekretär des Elyséepalasts und einer der engsten Berater von Präsident Nicolas Sarkozy, seinerseits bezeichnete als Falschdarstellung, wenn in den Medien behauptet werde, die Vereinten Nationen hätten Frankreich kritisiert: „Die UNO übt keine Kritik an Frankreich", es handele sich lediglich um „Einzelpersonen" in einem Ausschuss, die diskutiert und ihre „Einzelmeinungen" vorgetragen hätten.[5] Der Rechtsaußen-Abgeordnete Christian Vanneste aus Nordfrankreich (der u.a. durch seinen Gerichtsprozess für homophobe Aussprüche bekannt geworden ist), antwortete seinerseits auf die UN-Experten, Frankreich habe „keinerlei Lehren zu empfangen".[6]

„Französische Ausländer" krimineller als „nicht-ausländische Franzosen"?

Hauptansatzpunkt der Kritik der UN-Experten war dabei eine wahrhafte Brandrede, die Staatspräsident Nicolas Sarkozy am 30. Juli in Grenoble hielt. Der Kernsatz der Ansprache lautete, „50 Jahre schlecht geregelter Einwanderung" trügen Schuld an der Kriminalität. Der Parteisprecher der regierenden UMP – Frédéric Lefebvre – brachte es am 5. August dann auf die einfache Formulierung, „die Ausländerfrage" sei „eines der größten Probleme im Land". Christian Estrosi, Industrieminister in Paris und regierender Bürgermeister in Nizza, benutzte seinerseits am 9. August im Sender ‚Europe1' eine knappe Formulierung: „Entweder Franzose oder ‚voyou' (Gauner/Halunke/Übeltäter) sei, man muss sich entscheiden"[7].

Diese Botschaft inhaltlich unters Publikum zu bringen: ‚Die Ausländer sind das Problem bei der Kriminalität', war das hauptsächliche Anliegen der Präsidentenrede. Die konkreten Maßnahmen, die Sarkozy dazu vorschlug, waren nur schmückendes Beiwerk rund um diesen geistigen Brandsatz.

Internationale Kritik

Am 30. Juli – am Tag der Rede selbst, und infolge kurz zuvor getätigter Ankündigungen Sarkozys, die in dieselbe Richtung zielten – warf der britische ‚Daily Mail' dem französischen Staatspräsidenten deswegen unverblümt „Rassismus" und den Willen zu einer „ethnischen Säuberung" vor. Es handelt sich beim ‚Daily Mail' um die, eher rechtslastige, zweitauflagenstärkste Tageszeitung im Vereinigten Königreich.[8] Und am 5. August schrieb die ‚New York Times' in einem auch in Frankreich viel beachteten Kommentar (Originaltitel: ‚Xenophobia: Casting Out the Un-French'), Sarkozy nähre „feindselige Gefühle gegen Einwanderer" und tue dies aus einem „kurzfristigen politischen Kalkül" heraus.[9]

Diese Pläne sind angeblich populär. So behauptete es jedenfalls ‚Le Figaro' – die konservative Tageszeitung, die in diesen Tagen nach weit verbreiteter Auffassung „die Prawda der Rechten" abgibt und sich in Propagandaberichterstattung übt. Er gab eine Umfrage in Auftrag, der zufolge angeblich eine überdeutliche Mehrheit der Franzosen all diese Vorschläge unterstützen, beispielsweise 80 Prozent das Ansinnen auf Staatsbürgerschaftsentzug für bestimmte Untaten. Diese Befragung aufgrund von Online-Fragebögen ist jedoch methodisch schwer umstritten. So ist strittig, ob überhaupt im Frankreich der Sommerpause – die etwa im Pariser Raum zwischen dem 15. Juli und der letzten Augustwoche traditionell „radikal" ausfällt – eine „repräsentative" Befragung stattfinden könne. Hinzu kommt, dass nur „Ja"- und „Nein"-Antworten aufgeführt sind, aber nicht (wie sonst üblich) auch die Anzahl der Befragten „Ohne Meinung" oder „ohne Angaben". Ferner ist nicht nachgewiesen, dass nicht bspw. Mehrfachantworten durch wiederholtes Einloggen möglich waren. Schließlich wurden etwa in der Online-Zeitung ‚Rue89' neben den methodischen auch inhaltliche Mängelbemerkungen, in Gestalt suggestiv gehaltener Fragestellungen, formuliert[10].

Eine spätere Umfrage des populistischen, aber Sarkozy-kritischen Wochenmagazins ‚Marianne' kam jedenfalls zu einem anderen Schluss. Demnach überwiegt, mit 51 Prozent (gegen die Idee vom Staatsbürgerschaftsentzug), knapp die Ablehnung. Diese Umfrage wurde durch das Magazin in seiner Ausgabe vom 14. August veröffentlicht. Voraus geschickt hatte die Zeitschrift bei ihrer Befragung die Fragestellung, ob in den Augen des Publikums „Sarkozys Sicherheitspolitik ein Erfolg" sei. Diese Frage hatten 69 Prozent mit einem klaren „Nein" beantwortet. *Bernhard Schmid, Paris* ■

1 Vgl. (neben anderen, darunter verlinkten Artikeln) den Titel: http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/ 08/14/surenchere-securitaire-l-extreme-droite-veut-recolter-ce-que-seme-m-sarkozy_1398961 _3224.html

2 Vgl. http://lci.tf1.fr/france/faits-divers/2010-08/retraite-ayant-tire-sur-des-cambrioleuses-le-procureur-justifie-6036792.html und http://www.midilibre.com/articles/2010/08/10/A-LA-UNE-Cambriolage-de-Nissan-mobilisation-pour-Rene-Galinier-1340884.php5

3 Vgl. http://www.midilibre.com/articles/2010/08/12/BEZIERS-Nissan-l-intiative-de-soutien-d-un-elu-UMP-reprouve-1343152.php5

4 Vgl. etwa http://www.lepoint.fr/societe/discriminations-selon-l-ump-l-onu-se-trompe-13-08-2010-1224882 _23.php

5 Vgl. etwa http://www.lepoint.fr/politique/discriminations-claude-gueant-l-onu-ne-critique-pas-la-france-13-08-2010-1224961_20.php

6 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/08/13/2182654_ la-france-raciste-aucune-lecon-a-recevoir-repond-christian-vanneste.html

7 Vgl. die AFP-Meldung dazu: http://www.google.com/ hostednews/afp/article/ALeqM5inhs4G8Uut7pC5I9e GlM7nrjz8Q - Inzwischen hat Estrosi sich in einem Interview mit der Sonntagszeitung ‚JDD' (vom 15. August) wieder zu Wort gemeldet. Nunmehr schlägt er eine innenpolitische ‚Union Sacrée', so hieß die nationale „Burgfriedens"politik im Ersten Weltkrieg auf Französisch, gegen „Unsicherheit" und Kriminalität vor. Im selben Atemzug schlägt er vor, all jene Bürgermeister zu bestrafen, deren Rathausregierungen nicht oder nicht hinreichend an der nationalen Anstrengung für Law & Order teilnähmen. Konkret nannte er die Stadt Grenoble, deren Bürgermeister Michel Destot (vom Parti Socialiste) jedoch postwendend antwortete, in den letzten Jahren habe die Zentralregierung die nationalen Polizeikräfte in seiner Stadt zwecks Einsparungen um 41 % abgebaut, sein Rathaus jedoch habe die kommunalen Zeitkräfte im selben Zeitraum um 17 % aufgestockt. Die französische Sozialistische Partei ihrerseits rief Estrosi dazu auf, dringend „in Urlaub zu fahren".

8 Vgl. www.lesinrocks.com/actualite/actu-article/t/49276/date/2010-08-12/article/raciste-la-france/

9 Hier geht's zum Original : http://www.nytimes.com/2010/08/06/opinion/06fri2.html?_r=1&ref=nicolas_sarkozy - Und hier geht es zu einzelnen französischen Artikeln darüber (sehr kleine Auswahl): http://www.liberation.fr/politiques/0101650828-securite-le-new-york-times-incendie-sarkozy und http://www.lemonde.fr/politique/article/2010/08/06/le-new-york-times-critique-vivement-la-politique-securitaire-de-sarkozy_1396574_823448.html oder http://www.leparisien.fr/ politique/pour-le-new-york-times-sarkozy-attise-les-sentiments-anti-immigres-07-08-2010-1024822.php

10 Vgl. http://www.rue89.com/2010/08/ 06/sondage-ifople-figaro-sur-la-securite-la-methode-en-question-161330-0 (zur Kritik an der Methode der Befragung)

Flüchtlingsrat ruft zu Prozessbeobachtung auf

Cottbus. Am Freitag, 20. August, findet vor dem Amtsgericht Cottbus ein Prozess wegen einer Verletzung der Residenzpflicht statt. Einer 32-jährigen Asylsuchenden aus Kamerun wird vorgeworfen, ohne Erlaubnis der Behörde in Forst im Landkreis Dahme-Spreewald gewesen zu sein.

Seit Juli dürfen sich Asylsuchende in Brandenburg frei bewegen. Doch die Prozesse wegen Verletzungen der Residenzpflicht laufen weiter. Das könnte Magdaline E., die in Forst im Heim lebt, zum Verhängnis werden.

Im Juli letzten Jahres wurde sie von der Polizei angezeigt, sie sei ohne Verlassenserlaubnis im Zug von Königs Wusterhausen nach Cottbus gefahren. Eine Schaffnerin hatte die Polizei wegen eines Missverständnisses bei der Fahrkartenkontrolle gerufen, in Cottbus warteten schon Beamte auf dem Bahnsteig. Magdaline E. droht eine Geldstrafe oder sogar eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr.

„Der Prozess gegen Magdaline E. zeigt“, so Kay Wendel vom Flüchtlingsrat Brandenburg, „wie absurd die Situation ohne das mehrfach geforderte Moratorium ist. Die Justiz wäre gut beraten, alle laufenden Verfahren sofort einzustellen.“

Siehe auch: www.residenzpflicht. info/falle/fall-magdaline-e-forst/ ■

Wohnungen für Flüchtlinge – Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Meinersen

Für Sonnabend, den 28. August, um 12.00 Uhr rufen die BewohnerInnen des Flüchtlingswohnheims in Meinersen, Landkreis Gifhorn, und UnterstützerInnen unter dem Motto „Wohnungen für Flüchtlinge – Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Meinersen“ zu einer Demonstration auf.

Termin: Sa, 28. August, 12.00 Uhr
Ort: Gifhorn, Bahnhofsvorplatz (Bahnhofstraße)

Bereits am 3. Juli hatten die Flüchtlinge zusammen mit UnterstützerInnen unter dem selben Motto für bessere Lebensbedingungen demonstriert. Zwar haben kürzlich drei Familien die Erlaubnis erhalten, aus dem Wohnheim auszuziehen und sich eine private Wohnung zu mieten, an der grundsätzlichen Situation hat sich jedoch nichts geändert. Das Wohnheim soll auch weiterhin bestehen bleiben (der Pachtvertrag läuft bis 2018). Damit verbunden sind unerträgliche Lebensbedingungen und gesellschaftliche Isolation. Ohne Frage sind v.a. die Sondergesetze, denen Flüchtlinge unterliegen, schuld, dass sie sozial ausgegrenzt unter prekären Bedingungen leben, allerdings lassen die Gesetze trotzdem Spielraum für weniger restriktive und unmenschliche Umsetzung. Der Landkreis Gifhorn könnte (wie manche andere Kommunen es bereits getan haben) beschließen, Flüchtlinge grundsätzlich in Wohnungen unterzubringen. Damit würde sich ihre Situation schon erheblich verbessern. Bisher bewegen sich die politisch Verantwortlichen- und die Verwaltung des Landkreises allerdings nicht. Die BewohnerInnen des Wohnheimes sind daher fest entschlossen, ihren Protest aufrecht zu erhalten und – wenn es sein muss – zu verschärfen.

Die BewohnerInnen und UnterstützerInnen, zu denen das AntiraPlenum Hannover und der Flüchtlingsrat Niedersachsen gehören, rufen daher zu einer weiteren Demonstration auf, mit der gleiche soziale Rechte für alle im Land lebenden Menschen gefordert werden.

Kommt zur Demonstration nach Gifhorn! ■



Am 21.8. demonstrierten in Bremen bei strahlendem Sonnenschein 500 - 700 Menschen gegen die geplante Deportation von bis zu 12000 Roma aus Deutschland in den Kosovo. Weitere Informationen zur Thematik unter: www.alle-bleiben.info

Keine Abschiebungen ins Elend!

Im April 2010 wurde das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo unterzeichnet. Minderheiten wie Roma und Ashkali droht die Abschiebung in Elend und Unsicherheit. Bis zu 2.500 Menschen pro Jahr sollen nach dem Willen der Innenminister zurückgeschickt werden. Im Kosovo erwartet die Abgeschobenen buchstäblich ein Leben am Rande der Müllkippe. Diskriminierung und Ablehnung schlägt ihnen entgegen. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, sozialen Einrichtungen und gesundheitlicher Versorgung bleibt ihnen weitgehend versperrt. Ihre in Deutschland geborenen Kinder können sich weder auf albanisch noch serbisch verständigen und finden dort keine Lebensperspektive.

PRO ASYL geht mit einer Protestaktion an die Innenminister gegen diese humanitäre Katastrophe an und ruft dazu auf, sich an einer E-Mail-Aktion dazu zu beteiligen. *www-proasyl.de* ■

Libyen lässt 3000 Flüchtlinge frei

Libyen hat eine Massenbefreiung der inhaftierten Migranten vorgenommen. Nicht nur die 205 inhaftierten Eritreer in Braq wurden entlassen, sondern auch 2800 weitere Flüchtlinge und Migranten. Alle haben eine Aufenthaltserlaubnis für drei Monate erhalten, um sich Arbeit in Libyen zu suchen.

Es ist unklar, warum Ghaddafi plötzlich alle Lager öffnen ließ. War es der europäische Druck auf den Leader nach der Verschleppung der Eritreer nach Braq? Diese waren nach einer Revolte am 30.6. im Lager von Misratah ins südlibysche Braq deportiert worden, da sie sich geweigert hatten, Identifizierungspapiere für die eritreische Botschaft zu unterzeichnen. Libyen lässt sich nicht gern in seine Politik reinreden, so hat der libysche Botschafter in Rom, Hafed Gaddur, deutlich geäußert, dass niemand das Recht habe, sich in libysche Innenpolitik einzumischen.

Mit der Öffnung der 28 Zentren, die zum Teil von Italien finanziert wurden, sind nun alle Migranten und Flüchtlinge auf freiem Fuß – vielleicht ein „Racheakt“ Ghaddafis, um zu zeigen, dass er nicht mehr gewillt ist, den Grenzpolizisten zu spielen, wenn sich die Europäer in seine Politik mischen. Unter den 3000 Entlassenen befinden sich ca. 400 Eritreer, 205 davon waren in Braq inhaftiert. Diese jedoch können Sebha, die Wüstenstadt, in die sie nach der Freilassung gebracht wurden, offiziell nicht verlassen, da ihre Aufenthaltserlaubnis nur hier gilt.

Für die Eritreer dreht sich damit die Katze um den Schwanz, denn so können sie sich keine Arbeit suchen, haben aber

auch sonst keinerlei Einkünfte und somit keine Zukunftschancen. Gabriele del Grande schreibt auf seinem Blog und über facebook (fortresseurope.blog-spot.com), dass er Anfang der Woche mit Kontaktpersonen in Libyen gesprochen habe, die ersten Eritreer aus Braq/Sebha seien in Tripolis angekommen – doch sie haben wieder einmal bezahlen müssen, wie alle anderen Flüchtlinge auch, nur so hätten sie einen LKW gefunden, der sie in die Hauptstadt gebracht habe.

Was aber bedeutet die Öffnung nun wirklich für die Verhandlungen zwischen Libyen und der Europäischen Union? Ist Ghaddafi tatsächlich nicht mehr gewillt, „mitzuspielen"? Vor einigen Tage hatte er zumindest somalische Flüchtlinge, die vor Malta aufgegriffen worden waren, zurückgenommen. Die 55 Somalis waren nach einem SOS von der maltesischen Marine gerettet, dann aber willkürlich getrennt und die Hälfte von ihnen auf ein inzwischen eingetroffenes libysches Boot umverteilt worden. Die Tageszeitung Malta Today zitierte die Armed Force of Malta, sie hätten einer Zurückschiebung nach Libyen zugestimmt, doch die in Malta verbliebenen Somalis berichteten der Zeitung, dass niemand wusste, dass die Hälfte nach Libyen zurück geschickt wurde. Es habe sich zwar um ein Schiff mit libyscher Flagge gehandelt, aber an Bord hätten alle italienisch geredet – sie dachten, ihre Mitreisenden würden nach Italien oder vielleicht auch nach Malta gebracht.

Ebenfalls letzte Woche erreichte ein Boot mit an die 236 Flüchtlingen, hauptsächlich Eritreern, unter ihnen viele Frauen und Kinder, die sizilianische Küste. Sie flohen, als sie die Küste erreichten, doch 49 von ihnen hat die Polizei wieder eingefangen und in die Erstaufnahme nach Salina Grande (Trapani) gebracht. Sie hätten schon lange Zeit in Libyen gelebt, berichteten die Eritreer. Dann kam die Revolte in Misratha und die Deportierung nach Braq. Die Angst, das gleiche Schicksal zu erleiden, hat sie sicherlich dazu bewegt, trotz allem loszufahren. Aber vielleicht hat der Vorfall von Braq und die massive Kritik an ihrer Politik die Libyer auch dazu gebracht, ihre Grenzen wieder unbewachter zu lassen?

Freitag den 23.7.2010, Sizilien Judith Gleitze, borderline-europe ■

Massengrab für Flüchtlinge

Zahlreiche Menschen starben bereits bei dem Versuch, über die türkisch-griechische Landesgrenze nach Europa zu gelangen. Die meisten ertranken dabei im Grenzfluss Evros. Doch was passiert mit den Toten, die dort aufgefunden werden? Aktivisten vor Ort haben recherchiert, dass kürzlich auf der griechischen Seite angespülte Leichname nach der Untersuchung und Registrierung an einen Bestattungsunternehmer übergeben wurden, der sie auf Kosten der Bezirksregierung in ein Dorf in den Bergen bringen sollte, um sie auf einem muslimischen Friedhof zu beerdigen.

Offenbar befinden sich die Leichname der Toten aber stattdessen in einem Massengrab in einem unzugänglichen Gelände. Ein Schild mit der Aufschrift „Friedhof der illegalen Einwanderer – Muftia von Evros" kennzeichnet einen Ort, an dem entlang eines Sandweges große Erdlöcher ausgehoben und wieder zugeschüttet wurden. Darin finden nach Einschätzung der Aktivisten mindestens 10 Leichname Platz, falls sie nicht auch noch übereinander geschichtet wurden.

Wie die Recherchen ergaben, hat der Bestattungsunternehmer in diesem Massengrab in den vergangenen Jahren 150 bis 200 Tote verscharrt. Eine Exhumierung ist nicht mehr möglich, falls Angehörige die Leichname identifizieren und angemessen bestatten möchten. Eine Waschung und Beerdigung nach muslimischen Gebräuchen, wie es der Auftrag der Bezirksregierung war, fand wohl kaum statt. Noch im Tod wird Menschen auf der Flucht so die Menschenwürde versagt.

Quelle: www.proasyl.de ■

Deutschland muss mehr gegen Rassismus unternehmen

In Deutschland wird nach Ansicht der Vereinten Nationen nicht genug gegen Diskriminierung durch Rassismus getan. Das geht aus einem Bericht des UN-Sonderberichterstatters zu Rassismus, Githu Muigai, hervor, der Mitte Juni in Genf dem UN-Menschenrechtsrat vorgestellt wurde.

Der kenianische Jura-Professor hatte Mitte 2009 mehrere Städte in Deutschland besucht, um für den Bericht zu recherchieren. Im einzelnen waren das Berlin, Köln, Karlsruhe, Heidelberg, Nürnberg, Leipzig, Crostwitz bei Bautzen, Rostock und Hamburg.

Muigai, der das Amt des Berichterstatters 2008 übernommen hatte, empfiehlt den deutschen Behörden mehr Eigeninitiative bei der Aufdeckung rassistischer Diskriminierung etwa bei der Arbeits- oder Wohnungssuche. Gleichfalls sollte entsprechend dem Bericht das Verbot rassistischer Diskriminierung ins Strafrecht aufgenommen werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Markus Löning, begrüßte den Bericht grundsätzlich. Er verwies wie Muigai darauf, dass in Deutschland Rassismus häufig mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werde. Auch unter Linken und in der politischen Mitte gebe es Rassisten.

Ähnlich argumentierte das Deutsche Institut für Menschenrechte. „Das Institut unterstreicht besonders die Empfehlung des UN-Sonderberichterstatters, dass Bund, Länder und Kommunen ihrem Handeln ein erweitertes Verständnis von Rassismus zugrunde legen sollen", so Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Gleiches gelte für Institutionen wie die Polizei und Gerichte. Rudolf wies darauf hin, dass Rassismus in Deutschland oft mit rechtsextremer Ideologie und Gewalt gleichgesetzt und dadurch zu eng verstanden werde.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juli/August 2010" ■

Tübinger Aktion zur Aufnahme von Angehörigen

Die Tübinger Save-me-Gruppe hat eine Aktion für die bereits in Tübingen lebenden irakischen Resettlement-Flüchtlinge gestartet. Sie wünschen sich eine Familienzusammenführung mit Angehörigen, die vor kurzem in Damaskus beim UNHCR als Flüchtlinge registriert wurden. In dem speziellen Fall geht es um die Angehörigen eines Irakers, der bei einem Bombenanschlag getötet wurde. Seine Ehefrau und der Bruder mit seiner Familie mussten nach akuter Bedrohung fliehen und halten sich derzeit in Syrien auf. Die Eltern und ein weiterer Bruder leben in Tübingen. Der hier lebende Bruder und seine Familie gehörten zu dem Kontingent von 2.500 irakischen Kriegsflüchtlingen, die im Jahr 2009 von Deutschland im Rahmen des Resettlementprogramms aufgenommen wurden. Die Tübinger Initiative hat bereits zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer zur Aufnahme der Angehörigen in Deutschland gewonnen, darunter auch den Tübinger Bürgermeister Boris Palmer. Sie fordern eine Familienzusammenführung sowie eine regelmäßige Aufnahme eines Flüchtlingskontingents.

Die Save-me-Kampagne gibt es mittlerweile in über 50 Städten. Ein breites Bündnis von PRO ASYL mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen fordert, dass Deutschland jedes Jahr ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsstaaten aufnimmt und integriert. ■

Warten auf den Lkw

Flüchtlinge in Biberach müssen Lebensmittel alle zwei Wochen vom Transporter abholen

Im baden-württembergischem Kreis Biberach an der Riß haben Flüchtlinge beschlossen, sich zur Wehr zu setzen. Sie wollen sich nicht länger mit diskriminierenden Sondergesetzen und deren strenger Auslegung durch die örtlichen Behörden abfinden. Jetzt sind sie mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit gegangen.

Die Situation der Asylberwerber in Bi-

berach ist besonders problematisch: Während die monatliche staatliche Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 224,97 Euro in anderen Bundesländern bar ausgezahlt wird, geben die Behörden in Baden-Württemberg nur Sachleistungen aus. Lebensmittel, Hygieneartikel und Kleidung müssen die Flüchtlinge aus einem Lkw entgegennehmen, der zwei Mal wöchentlich vor der Gemeinschaftsunterkunft in der Bleicher Straße vorfährt. Davon abgesehen, dass es nur eine äußerst begrenzte Auswahl an Produkten gibt, müssen die Flüchtlinge dafür Schlange stehen. Auch bei schlechtem Wetter, in Regen und Kälte. So ist die Situation in einem Offenen Brief an das Landratsamt des Kreises beschrieben, den viele der rund 130 Flüchtlinge unterzeichnet haben, die in drei Gemeinschaftsunterkünften leben. Aber das ist nur eine der Beschwerden auf der langen Liste, die jetzt auch dem im Landratsamt zuständigen Abteilungsleiter für Soziales, Arnfried Stoffner, vorliegt. Die Flüchtlinge kritisieren darin eine häufig „harsche und unfreundliche Abfertigung" bei der Essensausgabe sowie schlechte Qualität der Lebensmittel. Das Verfallsdatum sei mitunter bereits abgelaufen oder zumindest kurz davor, Muslime erhielten statt Lammfleisch Schweinebraten. „Das Schlimmste aber: Es ist nicht genug, wir haben immer Hunger", betonte ein Flüchtling gegenüber der Zeitung „junge Welt".

Kleidung wird auf dieselbe Weise wie das Essen vom Lkw nach einem Punktesystem verteilt. Es handele sich um Billigware, die häufig überteuert verhökert werde. Das Tragen solcher Kleidungsstücke stigmatisiere die Flüchtlinge und erschwere ihre Integration, kritisierte Rex Osa, ein Sprecher der Flüchtlinge. Nach wenigen Malen Waschen seien die Textilien bereits zerschlissen.

Zur miserablen Versorgungslage komme die Einschränkung der persönlichen Freiheit hinzu: „Wir dürfen nicht arbeiten und kein Geld verdienen; wir bekommen keinen Deutschkurs, um uns verständigen zu können – obwohl wir den dringend bräuchten, um unsere Angelegenheiten beim Ausländeramt zu klären", ergänzt ein Flüchtling. „Stattdessen sind wir gezwungen, vorm Fernseher zu sitzen und die Langeweile zu ertragen." Von 40 Euro, die sie monatlich bar als Taschengeld erhalten, müssten beispielsweise Rechtsanwaltskosten bezahlt werden. Einen Kaffee trinken zu gehen, sei da nicht drin.

Die Flüchtlinge bemängeln zudem die strenge Auslegung der Residenzpflicht in Biberach. Ständig müssten sie im Amt um Erlaubnis fragen. Selbst wenn der Behörde ein Therapieplan für einen Flüchtling vorliege, forderten Mitarbeiter für jeden darin stehenden Termin eine erneute Bestätigung des Psychotherapeuten an. „Viele von uns bräuchten keine Therapien, würde man uns nicht so schlecht behandeln", meint ein Asylbewerber aus der Gemeinschaftsunterkunft Bleicher Straße wütend.

„Wir nehmen die Äußerungen sehr ernst", sagte der Abteilungsleiter für Soziales, Arnfried Stoffner. Anfang dieser Woche werde man sich zusammensetzen und beraten, welche der Probleme in die eigene Zuständigkeit fielen und welche auf politischem Weg durch das Landesparlament geklärt werden müssten. Zu letzteren gehörten die Residenzpflicht sowie die Verweigerung von Geldleistungen. Stoffner kündigte an, die Bewohner der Sammelunterkünfte spätestens im September zu einem Gespräch einzuladen. Geantwortet habe er den Flüchtlingen auf ihren Brief bisher nicht, weil er keinen Absender kenne. Auch die weitere Kommunikation der Behördenmitarbeiter mit den Flüchtlingen dürfte sich schwierig gestalten, denn die haben Angst, im Fall kritischer Äußerungen Opfer von Willkürentscheidungen zu werden.

http://thevoiceforum.org/node/1723
26.07.2010 ■

Den Toten Gerechtigkeit!

ROM. Was wir oft vergessen: Hinter jedem Menschen, der bei der Überquerung des Meeres umkommt, steht eine Familie. Diese Familien fordern jetzt Gerechtigkeit. Sie leben über die ganze Welt verstreut. In Europa, aber auch in Afrika, Australien, den Vereinigten Staaten und in Kanada. Es handelt sich um die Verwandten und Freunde der 77 Eritreer, die im August 2009 vor Lampedusa gestorben sind. Einer nach dem anderen, innerhalb von drei Wochen, während sie auf dem Meer trieben, ohne gerettet zu werden. Die Hinterbliebenen haben ihre Trauer in einen Aufschrei der Empörung verwandelt und einen Brief an den Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, geschrieben. Sie haben diesen Brief an UNHCR, IOM (International Organization for Migration) und an die Innenministerien Maltas und Italiens gesandt. Sie klagen Italien, Malta, FRONTEX und die zivilen Schiffe, die ihre Lieben nicht gerettet haben, an. Sie fordern eine Untersuchung des Vorfalls auf europäischer Ebene. Die Verwandten haben belastende Informationen zusammengetragen. Sie haben mit den fünf Überlebenden auf Sizilien gesprochen sowie mit Eritreern, die in Libyen und Malta leben. Sie haben herausbekommen, dass FRONTEX, Malta und Italien wissentlich nichts zur Rettung der in Seenot geratenen Flüchtlinge unternommen haben. Diese Informationen haben sie der Staatsanwaltschaft in Agrigento (Sizilien) zur Verfügung gestellt. Die prüft nun die Fakten, um eventuell einen Prozess einzuleiten.

Die Familien wussten von der Abfahrt des Schlauchbootes mit seinen 82 Passagieren. Die meisten kamen aus Eritrea. Es waren auch Nigerianer und Äthiopier an Bord an jenem 28. Juli, als das Boot in Libyen startete. Die Schwester eines der Passagiere, die seit 20 Jahren in der Nähe von Bonn wohnt, wandte sich sofort an einige deutsche Nichtregie-rungsorganisationen, als sie keine positive Nachricht von der Ankunft ihres Bruders erhielt. Ihre erste E-Mail, um etwas in Erfahrung zu bringen, schickte sie am 31. Juli 2009 an den Kölner Flüchtlingsrat. Ihr Bruder Abel war nur drei Tage zuvor aus Libyen losgefahren, da beschlich sie schon die Angst, dass sich diese Überfahrt in eine Tragödie verwandelt haben könnte. Aber aus Tripolis wurde sie beruhigt: Sie solle sich nicht sorgen. Mit einem Satellitentelefon sei vom Schlauchboot aus am 29. Juli gegen 19 Uhr abends angerufen worden. Man sehe Malta schon am Horizont, berichteten sie. Doch im Internet waren keinerlei Informationen über die Ankunft von Flüchtlingen in Italien zu bekommen. Auch nicht über Zurückweisungen.

Sie hatte ihm immer gesagt, er solle nicht fahren. 21 Jahre, das sei zu jung, um sich der Todesgefahr auf dem Mittelmeer



zu stellen. Sie hatte ihm geraten, politisches Asyl in Libyen zu beantragen, doch er hatte nicht den Mut gehabt zu warten. Das Büro des UNHCR hatte ihm erst für den 10. Januar 2010 einen Termin gegeben. Aber mit den immerwährenden Razzien der Polizei war eine Zukunft in Libyen unvorstellbar. So fuhr er los, ohne etwas zu sagen.

Die Familie in Bonn erhielt keinerlei Lebenszeichen. Die Angehörigen sorgten sich immer mehr und begannen, alle zu kontaktieren, die etwas über den Verbleib des Bruders wissen könnten. Innerhalb von zwei Wochen kamen sie sogar bis zum maltesischen Innenministerium, aber ohne jegliche Ergebnisse. Die traurige Gewissheit, dass er tot ist, erhielten sie erst am 21. August mit der Anlandung der fünf Überlebenden auf Lampedusa. Nach einigen Versuchen gelang es der Schwester, mit einem der fünf im Aufnahmezentrum Lampedusa zu telefonieren. Er kannte ihren Bruder. Sie hatten sich vor

der Abreise ein Zimmer in Tripolis geteilt. Auch er war auf dem Schlauchboot gewesen. Die Überlebenden hatten ihren Bruder langsam sterben sehen, und dann hatten sie ihn dem Meer übergeben, wie all die anderen auch.

Die Trauer und ein starkes Gefühl von Ungerechtigkeit hat die Familie dazu bewegt, mir eine Kopie der E-Mails zu übergeben, die in den ersten zwei Augustwochen zwischen den verschiedensten Vereinigungen und Behörden in Malta und Deutschland hin- und hergeschickt wurden. Sie bezeugen, dass die Nachricht über das manövrierunfähige Boot schon seit Ende Juli über mehrere Kanäle lief.

Die ersten Kontakte nahm man mit Eritreern auf Malta auf. Dort kursierte das Gerücht, dass einer von ihnen am 3. August einen Hilferuf erhalten hätte von einem Verwandten, der sich an Bord des Schlauchbootes befand. Dieser hätte sich per Satellitentelefon gemeldet, bevor die Batterie leer gewesen sei. Diese Spur erwies sich jedoch als falsch. Der Kölner Flüchtlingsrat schrieb daraufhin an das maltesische Innenministerium. Ein Mitarbeiter der Asylabteilung antwortete am 20. August um 6.40 Uhr: „Wie ich schon am Telefon sagte, gab es zwischen dem 25. Juli und dem 12. August keinerlei Ankünfte von Flüchtlingen, daher bin ich sicher, dass Ihr Bruder nicht in Malta angekommen ist."

Auch das Büro zur Suche von vermissten Personen des Deutschen Roten Kreuzes in München hatte am 12. August mitgeteilt, dass sie die Anfrage nach Malta und nach Lampedusa weitergeleitet hatten, aber ohne jegliches Ergebnis. Einen Tag später brachte die deutsche Presse die Schlagzeilen über die Tragödie der Eritreer auf Lampedusa.

Die Verantwortlichen in Malta und Italien haben sehr wohl frühzeitig von dem vermissten Boot gewusst. Sie haben nichts zur Rettung der in Seenot geratenen Flüchtlinge unternommen. Selbst FRONTEX hatte das manövrierunfähige Boot ausfindig gemacht und den italienischen Behörden Bericht erstattet, aber nichts passierte.

Eine weitere Frage bleibt unbeantwortet: Was ist aus den Leichen der Schiffbrüchigen geworden, die man aus dem Kanal von Sizilien gefischt hat? Es ist kaum damit zu rechnen, dass die Leiche von Abel gefunden wird. Zudem würde sie kaum zu identifizieren sein. Die Familie jedoch glaubt an eine kleine, wasserdicht abgeschlossene Plastiktüte. Darin ein Stück Papier mit seinem Namen. Er hatte sie sich in die Tasche gesteckt, bevor er losfuhr. So berichten die Freunde, die in Tripolis geblieben sind. Eines Tages werden Fischer diese Plastiktasche inmitten ihres Fanges entdecken. Und sie werden den Kopf schütteln und denken, dass das Meer doch gar nicht so todbringend aussieht.

Gabriele del Grande ■

Widerstand gegen Bundeswehr-Sommerbiwak



HANNOVER. Über 500 Antimilitarist_innen haben sich am 7. August an den Protesten gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision Hannover beteiligt. Die Zahl der Biwakbesucher und Besucherinnen sank dagegen erneut auf nun noch 5500. Die Demos und Kundgebungen rund um den Stadtpark waren die meiste Zeit sehr lautstark. Der Eingang des Biwaks wurde ca. 20 Minuten durch einen Die-In von 30 Leuten blockiert.

Blutiger Empfang für Gäste des Sommerbiwaks

Es ist 19:10h, der Soldat in der Paradeuniform, die Dame mit Hut und Galarobe, der Kapitalist im Abendanzug, die Stadtvertreterin im kleinen Schwarzen... Zusammen streben sie freudig dem Haupteingang des Hannover Congress Centrums entgegen. Eine Jazzkapelle trötet schwungvolle Willkommensmusik...

Doch kurz vor dem Eingang gerät der Strom der Gäste ins Stocken. Auf dem Boden liegen reglos 30 Frauen und Männer in Abendkleidern und Anzügen über und über mit Kunstblut verschmiert und blockieren den Zutritt. Daneben ein Transparent mit der Aufschrift: „Den Kriegstreiber_innen einen blutigen Empfang!" Das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision – die Eingreiftruppe des deutschen Heeres – wird von Bundeswehr und Stadtpolitik als „schönstes Gartenfest Europas" verharmlost. Jährlich versammeln sich hier ca. 6000 Vertreter_innen aus Militär, Wirtschaft und Politik um den gesellschaftlichen Rückhalt der Bundeswehr zu demonstrieren.

Doch wer (sich) hier feiert, ist bereit über Leichen zu gehen, denn Krieg ist ein blutiges Geschäft. Das bekamen die Gäste hautnah zu spüren als sie an den blutverschmierten Aktivist_innen vorbei mussten. Eine halbe Stunde war so der Eingang zum Sommerbiwak als „Kriegsgebiet" markiert.

Nach ca. 10 Minuten begann der „Abtransport der Leichen" durch die Polizei. Nach und nach wurden die Antimilitarist_innen einzeln zum Aufstehen aufgefordert, teilweise weggeschleift oder getragen. So konnte die Blockade insgesamt eine halbe Stunde aufrechterhalten werden. Nach einer Personalienfeststellung mit Fototermin und einem Platzverweis, konnten die „Blutigen 28" ihrer Wege ziehen. *Quelle: indymedia* ■

Berufsfeld Bundeswehr

BERLIN/TÜBINGEN/MÜNCHEN. Die Bundeswehr verstärkt ihre Einflussnahme auf die akademische Lehre. Jüngster Ausdruck dieser Entwicklung ist die Vergabe eines Lehrauftrags an eine Ethnologin durch die Universität Tübingen. Die Wissenschaftlerin, die im Sold der deutschen Streitkräfte steht, befasst sich in ihrem Hauptseminar mit der Aufstandsbekämpfungsstrategie der NATO in Afghanistan. Darüber hinaus referiert sie regelmäßig an deutschen Hochschulen über die verschiedenen „Berufsfelder", die das deutsche Militär für Ethnologen vorhält.

Offiziell arbeitet sie für das „Amt für Geoinformationswesen" der Bundeswehr; zuvor fungierte sie als „Interkulturelle Einsatzberaterin" des 2007 aufgelösten „Zentrums für Nachrichtenwesen" der deutschen Streitkräfte. Die geheimdienstlich operierende Einrichtung hatte die Aufgabe, „rechtzeitig vor Beginn einer Krise" der militärischen Führung „Einsatzunterlagen" für die „Planung und Durch-

→

führung Schnell Ablaufender Operationen" zur Verfügung zu stellen.

Zivilklausel

Wie die Universität Tübingen (Baden-Württemberg) bestätigt, hat die Bundeswehrangehörige Monika Lanik in diesem Sommersemester ein Hauptseminar zum Thema „Angewandte Ethnologie und Militär" durchgeführt.[1]

Die Vergabe von Lehraufträgen an Mitarbeiter der deutschen Streitkräfte ist kein Einzelfall. An der Universität Potsdam (Brandenburg) organisieren diese einen eigens für „militärische Studien" („Military Studies") eingerichteten Studiengang (german-foreign-policy.com berichtete [2]). Trotz teilweise massiver Proteste halten die Hochschulleitungen an ihrer umstrittenen Vorgehensweise fest, was im Fall der Universität Tübingen nicht einer gewissen Pikanterie entbehrt: Die Hochschule hat sich auf eine „Zivilklausel" verpflichtet, die vorschreibt, Forschung und Lehre ausschließlich „friedlichen Zwecken" zu widmen.[3]

Wie in Vietnam

Dem Vorlesungsverzeichnis der Universität Tübingen zufolge befasste sich Lanik in ihrem Seminar mit der „Counterinsurgency-Strategie der NATO" in Afghanistan.[4] Diese firmiert unter der Bezeichnung „Human Terrain System" (HTS) und wurde von den USA erstmals während des Vietnamkrieges erprobt. Wie Presseberichten zu entnehmen ist, spionierten seinerzeit US-Geheimdienste die vietnamesische Bevölkerung aus und „lieferten tausende Zivilisten als 'Mitglieder der Vietkong-Infrastruktur' ans Messer".[5]

Erklärtes Ziel von HTS ist es bis heute, das Wissen von Ethnologen, Kultur- und Sozialwissenschaftlern über die in den Operationsgebieten des Militärs lebenden Menschen in die Kriegführung einzubeziehen. Bei der Bundeswehr wird diese Aufgabe von sogenannten Interkulturellen Einsatzberatern (IEB) wahrgenommen, zu denen auch Lanik zählt (german-foreign-policy.com berichtete [6]).

Karrierechancen

Zusätzlich zu ihrem Lehrauftrag referiert Lanik regelmäßig an deutschen Hochschulen über die Karrieremöglichkeiten, die die deutschen Streitkräfte für Ethnologen bereithalten. Zuletzt war die Militärangehörige im Rahmen eines sogenannten Praxisabends bei der Ludwig-Maximilians-Universität München zu Gast; ihr Thema waren die „neuen ethnologischen Betätigungsfelder, die sich im Zuge der Auslandseinsätze der Bundeswehr auftun".[7] Dabei handele es sich insbesondere um die Bereiche „Landeskunde", „Interkulturelle Beratung" und „Lagebearbeitung", erklärte Lanik.

Wie Teilnehmer der Veranstaltung berichten, nannte sie im Anschluss mehrere Einrichtungen der Bundeswehr, die sich für die Mitarbeit von Ethnologen auf diesen Gebieten interessierten – darunter das mit psychologischer Kriegführung befasste „Zentrum für Operative Information" im rheinland-pfälzischen Mayen und die für die Gestaltung der militärpolitischen Propaganda zuständige „Akademie für Information und Kommunikation" (AIK) in Strausberg bei Berlin, die vormalige „Schule für Psychologische Verteidigung".[8]

Unwägbare Loyalitäten

Lanik selbst arbeitet im Rang einer Oberregierungsrätin für das in Euskirchen (Nordrhein-Westfalen) beheimatete „Amt für Geoinformationswesen" der Bundeswehr. Die aus dem „Militärgeographischen Dienst" der deutschen Streitkräfte hervorgegangene Einrichtung erhebt mittels Spionagesatelliten („SAR-Lupe") alle für die Kriegführung notwendigen meteorologischen und geographischen Daten. Gleichzeitig wird das über die Operationsgebiete des deutschen Militärs vorhandene ethnologische und historisch-landeskundliche Wissen systematisch gesammelt und ausgewertet.

Man sei sowohl für die „vernetzte Operationsführung" von Heer, Luftwaffe und Marine als auch für die „Ziel- und Wirkungsanalyse" der eingesetzten Waffen eine „unverzichtbare Basis", erklärt das Amt selbstbewusst.[9] Ziel sei der „Schutz von Leib und Leben der eigenen Kräfte" und die „Begrenzung von Kollateralschäden".[10] Zu diesem Zweck empfiehlt Lanik den deutschen Besatzungstruppen in Afghanistan unter anderem, bei allen Entscheidungen die „unwägbaren Loyalitäten" der lokalen Bevölkerung zu berücksichtigen und stets die „gebotene Distanz zu rituellen Orten" zu wahren.[11]

Einsatzunterlagen

Ihre Bundeswehr-Karriere begann Lanik 2003 beim geheimdienstlich operierenden „Zentrum für Nachrichtenwesen" des deutschen Militärs. Aufgabe der 2007 aufgelösten Einrichtung war es nach eigenen Angaben, der politisch-militärischen Führung „rechtzeitig vor Beginn einer Krise (...) Einsatzunterlagen (...) zur Planung und Durchführung von ‚Schnell Ablaufenden Operationen' zur Verfügung (zu) stellen" [12] – „Interkulturelle Einsatzberater" inklusive.

www.german-foreign-policy.com ■

Anmerkungen:

[1] Eberhard-Karls-Universität Tübingen/Asien-Orient-Institut: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis Ethnologie. Sommersemester 2010
[2] s. dazu Military Studies
[3] Senat beschloss Präambel zur Grundordnung; www.tagblatt.de 13.01.2010
[4] Eberhard-Karls-Universität Tübingen/Asien-Orient-Institut: Kommentiertes Vorlesungsverzeichnis Ethnologie. Sommersemester 2010
[5] Anthropologen an die Front? Die Presse 01.07.2010
[6] s. dazu Interkulturelle Einsatzberater
[7] Ludwig-Maximilians-Universität München/Institut für Ethnologie: Praxisabende im Sommersemester 2010. Ethnologinnen und Ethnologen berichten von ihrer beruflichen Tätigkeit. Die Bundeswehr als neues Berufsfeld der Ethnologie? 06.07.2010
[8] Entsprechende Protokolle liegen der Redaktion vor.
[9] Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr; www.streitkraefteunterstuetzungskommando.bundeswehr.de
[10] Der Geoinformationsdienst der Bundeswehr; www.streitkraeftebasis.de
[11] Monika Lanik: Sicherheit für Menschen in Afghanistan und die Sicherheit der Bundeswehr: Hier gilt die StVO. In: Horst Schuh/Siegfried Schwan (Hg.): Afghanistan - Land ohne Hoffnung? Kriegsfolgen und Perspektiven in einem verwundeten Land. Brühl (Rheinland) 2007. Herausgeber Schuh zählt zu den Protagonisten der „Psychologischen Kampfführung/Verteidigung" in der BRD; das Buch ist den „Helfern und Soldaten gewidmet, die ihr Leben zur Befriedung und für den Wiederaufbau Afghanistans einsetzen".
[12] Das Zitat entstammt einem Porträt des „Zentrums für Nachrichtenwesen", das ursprünglich unter www.streitkraeftebasis.de zu finden war, dort aber nicht mehr zur Verfügung steht.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Rechte als Bürgerinitiativen?

Junge Freiheit Nr. 31-32/10 vom 30. Juli 2010

Der „Focus" vermeldete, dass eine neue konservative „Bürger-Bewegung" im Entstehen sei. Ca. 20 % der Bundesbürger könnten sich vorstellen, eine Partei rechts von CDU/CSU zu wählen. Das nimmt Chefredakteur Dieter Stein zum Anlass, erneut über die Chancen einer neuen Rechtspartei zu sinnieren:

„Der Ausgang der Hamburger Volksabstimmung, die das Allparteienkonzept einer egalitären Primarschule kippte, wird nun als Indiz einer entstehenden deutschen ‚Tea Party'-Bewegung gedeutet, einer bürgerlichen Protestbewegung jenseits des von Kartellen beherrschten Parteiensystems, die in eine neue Partei münden könnten. Skepsis ist aufgrund langjähriger Beobachtung dieses Feldes angezeigt: Es ist bislang stets gelungen, jeden Ansatz in dieser Richtung meist schon im Keim zu ersticken, erfolgreiche Gruppierungen notfalls durch den Einsatz des Verfassungsschutzes und medialer Isolierung zu marginalisieren. Es existiert auch kein in sich gefestigtes, intaktes konservatives Milieu mehr. Im Gegensatz noch zu den sechziger Jahren gibt es weder in der Industrie noch in den Medien oder den Kirchen ein organisiertes Widerlager …

Insofern ist der vorparteiliche Protest in Form von Bürgerinitiativen wie in Hamburg vielleicht der beste Weg, mit zäher Geduld ein Feld zu bereiten, auf dem letztlich ein solches Milieu neu entsteht. Je länger dabei der Status als Partei umgangen wird, um so eher die Chance auf einen Erfolg solcher Bestrebungen."

Man sollte sorgfältig beobachten, ob sich z. B. in Nordrhein-Westfalen der konservative Widerstand gegen die angekündigten Schulreformen mit den rechten Kräften verbindet.

Migration und die Ausländerfeindlichkeit der Jungen Freiheit

Junge Freiheit Nr. 33/10 vom 13. August 2010

Bundeswirtschaftsminister Brüderle hat die Debatte um den Fachkräftemangel mit dem Vorschlag bereichert, die Unternehmen sollten ausländische Spezialisten mit Begrüßungsgeldern anlocken. Das Blatt kommentiert: „Leider ist der Rummel um den ‚Fachkräftemangel' kein so harmloses Saure-Gurken-Thema wie die periodischen Sichtungen des Loch-Ness-Ungeheuers früherer Tage. Zug um Zug unterminiert jede dieser Debatten das formell noch immer gültige Anwerbeverbot für ausländische Arbeitskräfte aus dem Jahr 1973. Wer dagegen angesichts von Millionen Arbeitslosen darauf dringt, zuerst die vorhandenen Potenziale im Land zu nutzen, findet sich schnell in der Defensive ..., Nicht zuletzt die Folgelasten früherer Gastarbeiteranwerbungen haben die deutschen Sozialsysteme zu gigantischen Umverteilungsapparaten anschwellen lassen, die zu Missbrauch und Unterschichteinwanderung ermuntern



Foto: Karin Richert

und qualifizierte Arbeitskräfte, einheimische wie ausländische, systematisch vergraulen … Der rituellen Debatte um Einwanderung und Arbeitsmarkt fehlt es an Ehrlichkeit und Einsicht in die Zusammenhänge. Klassische Einwanderungsländer setzen auf Eigenverantwortung und Aufstiegswillen … Wer mit ihnen konkurrieren will, muss in letzter Konsequenz den Wohlfahrtsstaat zur Disposition stellen. Ein Sozialstaat, der nicht an sich selber zugrunde gehen will, muss sich dagegen rigide nach außen abschotten, um nicht zum Magneten für Verlierer und Kostenträger zu werden." Wie sich solche Vorstellungen mit der EU-Mitgliedschaft der Bundesrepublik vertragen und wie die sozialstaatlichen Regelungen der Nachbarländer wirken, verschweigt das Blatt. Für die Hetze gegen die Migrationsbevölkerung ist ihm selektive Wahrnehmung gerade recht.

Droht der Staatsbankrott?

Junge Freiheit Nr. 34/10 vom 20. August 2010

Das Blatt interviewt zustimmend den Journalisten Michael Grandt, der jüngst ein Buch mit dem Titel „Der Staatsbankrott kommt" veröffentlicht hat. Auf die Frage „Wenn Sie Bundeskanzler wären …" antwortet Grandt: „So einfach ist das nicht, aber ich verstehe, was Sie meinen. Meine Antwort: Was ist der Grund für diese Lage? Unsere Misswirtschaft, der völlig sinnlose Krieg in Afghanistan, der nur Geld kostet und nichts bringt, und natürlich unser total aufgeblähter Sozialstaat, der bereits 54 % der Aufwendungen ausmacht. Daran sind nach meiner Ansicht vor allem die linken Parteien schuld, die dessen Ausbau ohne Rücksicht auf Verluste vorangetrieben haben. Inzwischen stehen 40 Millionen Erwerbstätigen 36 Millionen Empfängern staatlicher Leistungen gegenüber, wie Rentner, Hartz-IVler, Arbeitslose, Pensionäre und Beamte, für die der Steuerzahler ja auch aufkommen muss. Zwar haben die heutigen Rentner jeden Monat brav eingezahlt, aber das Geld wurde bereits im selben Monat wieder ausgegeben und eben nicht als Rückstellung angelegt. Deshalb werden diese Aufwendungen immer größer. Das ist ein Systemfehler. Wie lange kann es also noch gut gehen, dass man Leistungsträger durch immer höhere Abgaben bestraft und Leistungsempfänger durch stetige Transfers belohnt?"

Dass auch die Arbeitslosen „brav" eingezahlt haben, fällt dem Autor schon gar nicht mehr auf, auch nicht, dass die Zahl der Beamten stetig zurück geht. Eine Lösung ist für ihn – und für das Blatt – anscheinend, alle diese Versicherungsleistungen und Transferzahlungen einzustellen. Über die Konsequenzen daraus wird geschwiegen. *uld* ■